Nr. 201. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 21.— Mk., monatl. 7.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 7.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 10.20 Mk., für das übrige Ausland 14.50 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 12.50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.50 Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 20. April 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Das Programm von San Remo.

San Remo, 19. April. An erster Stelle wird zu Beginn der am Dienstag beginnenden Beratungen die türkische Frage einschließlich des kleinasiatischen Problems in Angriff genommen werden. Als zweiter Punkt steht auf der Tagesordnung die Entwaffnung Deutschlands, als dritter die russische Frage zur Debatte. Daß auch der Versuch gemacht wird, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Jugoslawien in San Remo endgültig zu beheben, hängt von der Entscheidung der italienischen Regierung ab.

London, 19. April. Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" in San Remo berichtet, die spanische Regierung dringe darauf, daß der Oberste Rat zu San Remo die Frage der Zukunft der Tangerenklave erörtere und zur Entscheidung bringe, da sich dort die französisch-spanischen Gegensätze fortwährend reiben.

•

Paris, 19. April. Nach einer amtlichen Havasmeldung ist gestern in San Remo entschieden worden, daß sich die Konferenz zuerst mit der türkischen Frage beschäftigen wird. Ueber jede Sitzung wird der Presse abends eine amtliche Mitteilung überreicht.

Der nach San Remo gereiste politische Mitarbeiter des „Echo de Paris" meldet, die französische Regierung sei gebunden durch das Lord Derby gegebene Versprechen, die französischen Truppen würden die Mainzgegend an dem Tage räumen, an dem die deutschen Truppen zurückgezogen würden. Darüber hinaus aber sei Frankreich nicht gebunden, und mit gutem Recht habe es den Beschluß rückgängig gemacht, den die Interalliierte Kommission, an deren Spitze General Nollet stehe, getroffen habe. Es kann sich hierbei nur um den Beschluß handeln, Truppen nach dem Augustabkommen, um dessen Verlängerung die deutsche Regierung gebeten hat, als Polizeitruppen dort zu belassen.

Italien macht Zwangsmaßnahmen nicht mit?

Paris, 19. April. „Journal" stellt fest, daß Italien bis jetzt noch nicht seine Zustimmung zu einem gemeinsamen Schritt der Alliierten in Berlin gegeben habe. Es sei zuzugeben, daß die innere Lage Italien auch nicht gestatte, an wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen teilzunehmen. Man verstehe Italien sehr gut, aber man müsse die interalliierten Interessen in Betracht ziehen.

Noch keine Räumung Frankfurts.

Frankfurt a. M., 19. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In auswärtigen Blättern war wiederholt die Nachricht verbreitet, daß die Franzosen im Begriff ständen, Frankfurt zu räumen und Offenbach bereits geräumt hätten. An diesen Meldungen ist kein wahres Wort. Die Franzosen haben lediglich einige Schulen, die für die Aufnahme der Messe bestimmt sind, geräumt. Im übrigen hat sich der Zustand nicht verändert, und es muß anerkannt werden, daß das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Franzosen ein erträgliches ist.

In einem gewissen erfreulichen Gegensatz hierzu stehen folgende Mitteilungen eines Pariser Blattes:

Paris, 19. April. „Matin" meldet aus Frankfurt a. M., die französische Kavallerie in der Zone, die sich vor dem Brückenkopf von Mainz ausdehne, sei zurückgezogen worden. Es verblieben nur noch einige Dragoner in Hanau. Ueberall entdecke man Anzeichen dafür, daß die Franzosen den Rückzug vorbereiteten und nicht mit einer längeren Besetzung rechneten.

Generalstreik in Eupen und Malmedy.

Sympathiestreik in Aachen.

In den Gebieten von Eupen, Montjoie, Malmedy usw. ist seit dem 14. April der Generalstreik im Gange als Protest gegen die belgischen Versuche, die Bevölkerung ihres Selbstbestimmungsrechtes zu berauben. Die Bewegung, die von allen Parteien und Verbänden getragen wird, gewinnt täglich an Ausdehnung. Am 17. ist in Aachen der Sympathiestreik erklärt worden. Protestkundgebungen aus den betroffenen Gebietsteilen laufen fortgesetzt bei der Reichsregierung in Berlin ein.

Aachen, 19. April (WTB.) Die Interalliierte Rheinlandkommission verbietet zur Sicherheit der Besatzungstruppen und wegen angeblicher Ausschreitungen gegen die Besatzungstruppen bei Kundgebungen am 17. April die Abhaltung von Versammlungen politischer oder sonstiger Natur bis zum 17. Mai, sowie Ansammlungen von mehr als fünf Personen. Die öffentlichen Lokale, Theater usw. sind während einer Woche um 9 Uhr abends zu schließen.

Belgische Maifeier.

Brüssel, 19. April. (WTB.) Der Landesverband der Staatsbeamten hat grundsätzlich beschlossen, zum Protest gegen das Elend am 1. Mai 24 Stunden zu streiken. Dem „Peuple" zufolge hat der Eisenbahnminister den 1. Mai zum Feiertag bestimmt.

Barrikaden in Turin.

Mailand, 19. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In Turin hat sich infolge des Generalstreiks die Lage seit Sonnabend abend erheblich verschärft. An zahlreichen Straßenkreuzungen wurden Barrikaden zur Verhinderung des Verkehrs aufgerichtet. Gegen ein Artillerielager warf man zwei Bomben, wodurch die Mauern zertrümmert und große Verwüstungen angerichtet wurden.

Italiens Botschafter in Berlin.

In einem Sonderzug, den die deutsche Regierung ab München zur Verfügung gestellt hatte, ist Herr de Martino in Berlin eingetroffen. Er ist als Botschafter Italiens hierher gesandt, wo er bereits in früheren Jahren tätig war. Zunächst tritt er als Geschäftsträger auf, weil die Ententemächte vereinbart haben, ihre Gesandten gleichzeitig nach Berlin zu schicken. Herr de Martino soll aber dann gleich hierbleiben. Das ist nicht der einzige Unterschied. In Deutschland weiß man sehr wohl, welchen Geistes die Politik von Paris und London — und daß die Politik von Rom eine andere ist!

Auch die Wahl eines Kommunallandtags in Wiesbaden kann die Sicherheit Frankreichs gefährden. Sie lassen sie nicht zu. Der Gemeindeausschuß der Landesversammlung hat daher den Landesausschuß Wiesbaden und den Provinzialausschuß Düsseldorf ermächtigt, die nötigen Ergänzungen vorzunehmen.

Deutschland und Dänemark.

Wort Eberts.

In einer Dankansprache an Männer und Frauen aus Schleswig-Holstein für ihre Arbeit bei der Volksabstimmung gab der Reichspräsident der Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund des glänzenden Abstimmungsergebnisses eine Grenzlinie gezogen wird, die der natürlichen Abgrenzung der zwei Völker entspricht. Dänemark und Deutschland, beide Länder brauchen eine endgültige Vereinigung ihrer Beziehungen, eine Grenze, die nicht nur durch ein Machtgebot in die Landkarte, sondern durch klare Gerechtigkeit in die Herzen eingezeichnet ist.

Das Abstimmungsergebnis in der zweiten Zone bezeichnete Genosse Ebert als ein gutes Zeichen, eine feste Hoffnung. Er sagte: Mögen sich überall dort, wo mit dem Stimmzettel die Heimat gerettet werden muß, Frauen und Männer finden wie Sie, selbstlos, opferwillig, unermüdlich und vaterlandsliebend. Dann wird sich der Tag von Flensburg in Oberschlesien und Masuren, in Ost- und Westpreußen wiederholen. Dann wird der Kampf um die Einheit Deutschlands den nichtbedrohten Landstrichen ein Beispiel und eine Lehre sein für die Kraft, die in der Einheit aller Volksgenossen liegt, wenn es sich um Sein und Nichtsein des Volkes handelt.

Polens Hafen: Danzig!

Warschau, 19. April. (Havas.) Am 16. und 17. April fanden Besprechungen statt zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Eisenbahnminister, dem Postminister, General Haller und Sir Reginald Tower bezüglich des deutsch-polnischen Abkommens. Ferner wurde die Frage der Verteilung des deutschen Staatsgutes zwischen Polen und Danzig erörtert, von der der Bau eines großen Hafens abhängig ist. Da die Mächte hierüber keine Entscheidung getroffen haben, wurde beschlossen, daß die polnische Regierung in Paris Schritte zwecks rascher Entscheidung tun soll. Sir Reginald Tower teilt die Ansicht der polnischen Regierung, daß Danzig ein wichtiger Hafen Polens werden müsse, zunächst Handelshafen, dann Kriegshafen (?). Die polnischen Vertreter wünschen mit Danzig die besten Beziehungen. Polen wird bis zur Ernte die Ernährung Danzigs übernehmen.

Einlenken in Oberschlesien?

Die Ententekommission in Oberschlesien hat sich jetzt bequemt, das deutsche Betriebsrätegesetz anzuerkennen. Der Wahltermin soll „baldigst" festgestellt werden. Der Generalstreik in Oberschlesien dürfte unterbleiben, um der Entente nicht die Gelegenheit zu neuen Gewaltmaßnahmen zu geben.

Oppeln, 19. 4. (WTB.) Die Beamten und Arbeiter stellen die neue Forderung auf, daß von der Einführung des Paßzwanges in Oberschlesien abgesehen werde, um einer Abschnürung vom Deutschen Reich vorzubeugen.

Der erste Kriegsverbrecherprozeß, der gegen den General Ljubitschitsch vor dem Obersten Gerichtshof in Wien stattfand, hat mit seiner Freisprechung geendet.

Zweiter Aufguß.

Das deutschnationale Wahlprogramm.

Die bevorstehende Wahl hat nun auch die Deutschnationalen gezwungen, sich endlich ein Programm zuzulegen, nachdem sie fast 1½ Jahr agitiert haben, ohne über ihre letzten Ziele klaren und eindeutigen Aufschluß zu geben. Dieser Zustand war freilich für sie von großer Annehmlichkeit, denn die Gefolgschaft dieser Partei setzt sich aus Kreisen zusammen, deren politisches Denken keineswegs völlig einheitlich gerichtet ist und deren wirtschaftliche Interessen erst recht nicht übereinstimmend sind. Man möge sich nur erinnern, daß in dieses Parteigebilde die ganze frühere Rechte zusammengeschmolzen wurde, die bekanntlich ein recht buntscheckiges Gebilde war. In ihr treffen sich der hochkonservative ostelbische Junker mit dem christlich-sozialen Arbeitersekretär, der schneidige und schnurrbartgesträubte Oberst a. D. mit dem behäbigen Hausbesitzer und Schlächtermeister, der bramarbasierende teutsche Oberlehrer mit dem kühl rechnenden und ganz illusionsfeindlichen Großbauern. Konservative, Freikonservative, Christlich-Soziale, Deutsch-Soziale, Reformparteiler, Antisemiten, Mittelständler, Bauernbündler —, alle diese früher selbständigen Parteien und Gruppen sind zu dem großen Brei der Deutschnationalen Partei zusammengemengt.

Zwar hatte diese Partei schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung in 1½ Dutzend Punkten „Richtlinien" aufgestellt, aber diese Richtlinien waren nur dadurch interessant, daß sie die Wähler über den wahren Charakter der Partei gründlich hinwegzutäuschen suchten. Was nämlich die Partei wirklich wollte, das war in jenen Richtlinien nicht zu lesen. Kein Wort von Monarchismus, kein Wort von Antisemitismus! Die Frage des Kaisertums wurde in diesen Richtlinien überhaupt nicht berührt, dagegen mit um so größerer Energie „die nach den letzten Ereignissen allein mögliche parlamentarische Regierungsform" gefordert. Es war eben noch Januar 1919 und das Thermometer des alldeutschen Mannesmutes stand noch tief, tief unter Null.

Die Uneinigkeit der Arbeiterklasse hat es inzwischen wieder soweit steigen lassen, daß die Deutschnationalen nunmehr wenigstens den Charakter ihrer Partei als den einer konservativen und monarchistischen offen zu bekennen wagen. Vergleicht man ihr neues Programm freilich mit dem alten Tivoliprogramm der Konservativen, so mutet es an wie ein fader und verdünnter Aufguß reaktionären Geistes. Wohlgemerkt, der Geist ist derselbe geblieben, wie ein zum zweiten Male aufgegossener Tee eben Tee bleibt und nicht Kaffee wird, aber dieser Geist wagt sich nicht mehr mit seiner ursprünglichen Frische, seinem Draufgängertum hervor. Die alten Konservativen sagten grad und ehrlich, was sie wollten, selbst wenn sie dadurch jeder modernen Erkenntnis ins Gesicht schlugen, aber gerade durch diese Unbekümmertheit und reaktionäre Geschlossenheit wirkte ihr Programm imposant, so feindlich man ihm auch gegenüberstehen mochte. Die Deutschnationalen versuchten ängstlich, dem reaktionären Geist eine moderne Gewandung zu geben, in der Formulierung die konservativen Grundsätze der neuen Zeit anzupassen; aber sie können doch dadurch nicht vergessen machen, daß diese Grundsätze Kinder einer konservativen Gesamtanschauung sind.

Das alte Tivoliprogramm der Konservativen sagte kurz und bündig: „Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen". Das war ein Glaubenssatz, der ohne Begründung und Verstandeskritik hingenommen werden mußte, ein Dogma, über das nachzudenken einfach als unstatthaft und verboten galt. Wer es nicht glauben wollte, war ein Unreiner, ein Ketzer.

Die Deutschnationalen meinen zwar im Grunde auch, daß Staat und Kirche von Gott verordnete Einrichtungen sind, aber sie trauen sich nicht, das so ganz unmodern auszusprechen. Deswegen salbadern sie in ihrem Programm ein erkleckliches von der „sittlichen Wiedergeburt des Volkes durch Vertiefung des christlichen Bewußtseins", erklären die Religion zur „Volkssache" und suchen in langatmigen Ausführungen nachzuweisen, daß „an der lebendigen Aufnahme der christlich-religiösen Kräfte die Reinheit der Familie und die Gesundheit des Staates hänge", daß „ein Volk ohne Religion des sittlichen Halts entbehre" usw. usw. Aber wer Gründe gibt, der setzt sich der Kritik der Gegengründe aus. Die Macht der alten Konservativen lag darin, daß sie dekretierten: „Das und das habt ihr zu glauben". Gründe waren von diesem Standpunkt aus überflüssig. Die Deutschnationalen glauben geistig stärker gerüstet zu sein, weil sie den Glauben begründen, aber sie waren dadurch schwächer, weil ein begründeter Glaube eben nicht mehr auf dem Glauben, sondern auf der Erkenntnis fußt. Und primitive Erkenntnis läßt sich durch höhere Erkenntnis beseitigen.

Aehnlich verhält es sich mit der monarchischen Frage. Das Tivoliprogramm dekretierte die Monarchie von Gottesgnaden und war damit fertig. Die Deutschnationalen wollen an die Gottesgnadenformel nicht mehr heran, nachdem sich Gott ihrem letzten Monarchen als äußerst ungnädig erwiesen hat. Außerdem würde die Gottesgnadenformel sie verpflichten, den, „von Gott Erwählten", d. h. durch das Mysterium der Erstgeburt bestimmten Monarchen unbesehen wieder zu nehmen, vorausgesetzt, daß es überhaupt so weit kommt. Das aber wollen selbst die Deutschnationalen nicht. Berufene Führer ihrer Partei haben bei den verschiedensten Gelegenheiten erklärt, daß selbst für sie ein Wilhelm und ein Friedrich Wilhelm unmögliche Kandidaten für den neu aufzurichtenden Thron sind. Deshalb beschränken sich die Deutschnationalen auf „Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums", wobei es sogar eine Auslegungsfrage bleibt, ob mit dieser Formel die Wiederkehr gerade der Hohenzollern ausdrücklich verlangt wird. Im übrigen suchen sie auch wieder die Notwendigkeit der Monarchie vernunftgemäß zu beweisen, kommen also auf den früher von allen Konservativen so bitter befehdeten „Vernunftmonarchismus" heraus.

Ja, nach ihrem Programm erscheint ihr Kaisertum beinahe als genau das gleiche, das die Konservativen früher mit dem Worte „Schattenkaisertum" verächtlich abgelehnt haben. Denn das deutschnationale Programm will dem Parlament „entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung und wirksame Aufsicht über Politik und Verwaltung" geben. Es muß aber bemerkt werden, daß diese Formel sehr zweideutig ist, jedenfalls eine sehr starke Abschwächung gegenüber der „allein möglichen parlamentarischen Regierungsform" aus den Januarrichtlinien von 1919 enthält. Denn die neue Formel stellt die Souveränität des Volkes und seines Parlaments nicht mehr fest, sie begnügt sich mit zweideutigen Redensarten, die bei geschickter Auslegung Handhaben werden können, um das Parlament auf seine Ohnmachtsstellung unter dem alten System zurückzubringen. Und das ist wohl auch die letzte Absicht der Deutschnationalen. „Entscheidende Mitwirkung" und „wirksame Aufsicht" sind Kautschukbegriffe, unter denen sich alles mögliche verstehen läßt.

Offen und über die Formulierung des Tivoliprogramms hinausgehend ist das deutschnationale Programm dagegen in der Frage des Antisemitismus, der ja eine ganz gewaltige Rolle in der Agitation dieser Partei spielt. Es zeigt sich hier der Einfluß der in der Partei aufgegangenen rein antisemitischen Gruppen.

Nur in einem Punkte wird ein alter konservativer Grundsatz wirklich preisgegeben: nämlich in der Anerkennung der politischen Gleichberechtigung der Frau. Aber diese Schwenkung ist nur eine rein taktische, sie entspringt der Notwendigkeit, unter dem Frauenwahlrecht Stimmen weiblicher Wähler einzufangen. Wäre nicht durch die Revolution das Frauenwahlrecht zur Tatsache geworden, so würde den Deutschnationalen nicht eingefallen sein, in ihrem Programm zu behaupten, daß der deutschen Frau wegen ihrer „verantwortlichen Tätigkeit in der Familie" die gleichberechtigte Mitwirkung im öffentlichen Leben zustehe. Gerade mit dieser häuslichen Tätigkeit der Frau haben die jetzigen Deutschnationalen noch vor zwei Jahren die Ausschließung der Frau vom politischen Leben begründet. Es ist sehr spaßhaft anzusehen, wie dieselben Leute aus genau dem gleichen Grunde zwei ganz entgegengesetzte Folgerungen ziehen können, je nachdem es ihnen zweckmäßig erscheint.

Es bleibt also dabei, daß trotz gewisser Zugeständnisse an die Tatsachen, an denen im Augenblick selbst die Deutschnationalen nichts ändern zu können glauben, ihr Programm in seinen geistigen Grundlagen konservativ und reaktionär ist. In dem Augenblick, wo die Deutschnationalen in der Lage wären, es zu verwirklichen, würde sich zeigen, daß die Abweichungen vom alten konservativen Programm rein taktischen Erwägungen entspringen. Vorsichtig zeigt die Reaktion vorerst nur ihre nächsten Ziele, um später, wenn sie durch deren Erreichung eine bessere Position gewonnen hat, mit um so größerer Energie aufs Ganze zu gehen.

Die Konfusion bei den Rechtsparteien.

Westarp gegen Kardorff.

Die Rechtsparteien scheinen komischer Weise nichts anderes zu tun zu haben, als sich über die Frage eines etwaigen — Zusammengehens mit der Sozialdemokratie zu unterhalten. Herr Stresemann hat sich unter Umständen für ein solches Zusammengehen ausgesprochen und es offenbar aus diesem Grunde unterlassen, in derselben Rede ein neues Bekenntnis zur Monarchie abzulegen. Ebenso haben die Kardorff und Genossen ihren Austritt aus der deutschnationalen Putschpartei u. a. auch damit begründet, daß sie ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten für möglich hielten, „sofern diese sich in streng verfassungsmäßigen Bahnen bewegen und zugunsten einer Volksversöhnung von ihrer Machtstellung mit Mäßigung Gebrauch machten". Darauf antwortet Graf Westarp in der „Kreuzzeitung":

Die Frage der Koalitionsmöglichkeiten ist nicht theoretisch, sondern praktisch zu beantworten; sie ist weniger eine Frage des Grundsatzes als der Taktik. Die drei Herren wollen die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Mehrheitssozialisten auch nur unter der Voraussetzung verwirklicht sehen, daß „diese sich streng auf verfassungsmäßigen Bahnen bewegen und zugunsten einer Volksversöhnung von ihrer Machtstellung mit Mäßigung Gebrauch machen". Daß jemals auch nur diese Voraussetzung, namentlich in ihrem zweiten Teile eintreffen werde, und daß Anerbietungen des Zusammengehens von seiten der Rechten eine solche Entwicklung fördern werden, vermag ich eben nicht zu glauben; es müßte denn sein, daß „Sozialdemokratie" in Zukunft etwas ganz anderes ist, als die an das Erfurter Programm und an Jahrzehnte des einseitigsten und verhetzendsten Klassenkampfes gebundene, die Diktatur des Proletariats ausdrücklich erstrebende Partei.

Die ganze Debatte wirkt ein wenig komisch, denn die Sozialdemokratie wünscht bekanntlich, sich mit diesen Herrschaften nicht zu koalieren, sondern sie aus dem Reichstag hinauszuwerfen.

Die Reihe der „Unstimmigkeiten" scheint aber damit nicht erschöpft. Nach dem „Lok.-Anz." hat es in der letzten internen Sitzung der Deutschnationalen zwischen dem Grafen Westarp und der Gruppe des Prof. Hoetzsch „eine bewegte Auseinandersetzung" gegeben, in der Graf Westarp erklärte, „daß seine Bestrebungen, die alte konservative Partei mit den neuen Deutschnationalen zu verschmelzen, nicht zum Ziele geführt hätten, und er gewillt sei, die aus dieser Tatsache sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen".

Der Meineidoberst.

Herr v. Ledebour wirkt eifrig weiter.

Unter den von uns veröffentlichten Verschwörerpapieren befand sich auch ein Brief eines Leutnants Meyer an den Hauptmann Berthold über die Mitwirkung des Obersten v. Ledebour an den Putschvorbereitungen. Dazu wird uns nun aus Hamburg mitgeteilt, daß dieser Oberst v. Ledebour weder entlassen noch verhaftet ist, sondern nach wie vor in Altona sich frei bewegt, obschon seine Mitschuld den Altonaern in den Märztagen handgreiflich fühlbar geworden ist. Als Ende der vorigen Woche das Reichswehrregiment 18 von Altona-Bahrenfeld zum Grenzschutz Ost abtransportiert wurde, war Ledebour in Zivil wieder in der Kaserne und hielt mehrere Besprechungen dort ab. Man sollte doch meinen, daß diesem Herrn, der sich bereit erklärte, jeden Eid, den er zwischen 7 und 8 geschworen, zwischen 8 und 9 zu brechen, etwas mehr auf die Finger gesehen werden müßte. Es ist geradezu unverständlich, daß noch kein Haftbefehl gegen ihn erlassen ist.

U. S. P. und Bürgerkrieg.

Die nötige Klarheit.

Im „Vorwärts-Beiblatt" vom letzten Sonntag sagte die Genossin Juchacz, die Frauen könnten nicht bürgerlich wählen, weil sie für gleiches Recht und soziale Gerechtigkeit sein müßten, aber auch nicht unabhängig oder kommunistisch, weil sie als Frauen die Gewalt verabscheuten. Dazu bemerkt die „Freiheit":

Hier wird offen gesagt, daß unsere Partei gemeint ist, wenn die Gefahr des Bürgerkrieges mit Maschinengewehren und Handgranaten an die Wand gemalt wird. Es ist gut, daß die Rechtssozialisten gleich zu Anfang des Wahlkampfes zeigen, mit welchen Methoden sie den Wahlkampf gegen uns zu führen gedenken, gut, weil dadurch von vornherein die nötige Klarheit geschaffen wird.

Wir glauben, daß die „Freiheit" die Genossin Juchacz nicht ganz richtig versteht. Die Genossin Juchacz weiß sicherlich so gut wie wir, daß es bei den Unabhängigen verschiedene Richtungen gibt, von denen eine die Anwendung von Gewalt aufs äußerste verabscheut, während eine andere bis in die letzte Zeit hinein engste Fühlung mit den Kommunisten hielt, die erst gestern wieder in der „Roten Fahne" den Kampf mit 21-Zentimeter-Geschützen und „noch größeren Kalibern" verherrlichten. Unabhängigen wie zum Beispiel Kautsky und Ströbel und vielen anderen nachzusagen, sie seien Anhänger der Gewalt, wäre natürlich nichts weiter als eine Verleumdung, will aber die „Freiheit" behaupten, daß alle Unabhängigen auf demselben Standpunkt stehen? Gerade wegen der Frage Gewalt oder Gewaltlosigkeit, Diktatur oder freies Recht des Volkes, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden, geht durch die Partei der Unabhängigen ein tiefer Riß!

Wir sind sehr dafür, daß in diesem Punkt auch bei den Unabhängigen völlige Klarheit geschaffen werden möge, und wir begrüßen jedes Zeichen der Annäherung an sie. Vorläufig ist aber diese Klarheit einheitlich nur in der Sozialdemokratischen Partei vorhanden, und nur darum besteht noch Uneinigkeit, nur darum ist es notwendig, den geistigen Kampf der beiden Richtungen weiterzuführen. Wäre darüber erst einmal Klarheit geschaffen, so könnten wir uns die Mühe der Aufstellung verschiedener Kandidatenlisten und den Schaden der gegenseitigen Bekämpfung sparen. Solange aber diese Klarheit bei den Unabhängigen nicht vorhanden ist, kann man es uns wahrhaftig nicht verübeln, wenn wir alle, die den Sozialismus auf dem Wege nicht des Putsches, sondern der Demokratie erstreben, auffordern, sozialdemokratisch zu wählen.

•

Die Kandidatenaufstellung der Unabhängigen in Leipzig hatte folgendes nicht uninteressantes Ergebnis: Friedrich Geyer 732 Stimmen, Seeger 696, Lieberasch 609, Lipinski 590, Schüning 586, Frau Thiel 542, Kurt Geyer 499, Schilling 438, Kliem 395, Liebmann 369, Frau Plottke 337 und Hans Block 235 Stimmen. — Der überradikale Kurt Geyer steht also erst an siebenter Stelle. Dafür ist er in Halle auf die Reichsliste gesetzt worden.

•

Hamburg, 19. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Am Sonntag fand der entscheidende Bezirksparteitag der U. S. P. statt. Von der Parteileitung in Berlin war Stöcker erschienen. Mit überwiegender Mehrheit wurde das Mißtrauensvotum für die unabhängige Bürgerschaftsfraktion bestätigt und das Verhalten der Führer im Abwehrstreik gegen den Kapp-Putsch verurteilt. Es wird den von ihren eigenen Anhängern so genannten Bonzen also nichts übrig bleiben, als die Konsequenzen zu ziehen. Eine größere Anzahl Parteifunktionäre hat sich mit ihnen solidarisch erklärt und will ebenfalls die Aemter niederlegen.

Im übrigen ist eine vermehrte radikale Agitation in Hamburg unverkennbar. Einige Hundert Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet, die hier eingetroffen sind, tun das Ihrige dazu. Zu Mittwoch, wo erneute Straßendemonstrationen der kommunistischen Erwerbslosen angesagt sind, werden Unruhen befürchtet.

Knut Hamsuns Wesen.

Von Hans Sochaczewer.

Daß Knut Hamsuns letztes Werk „Segen der Erde" heißt, ist nicht Zufall. Freilich auch nicht Programm. Wohl aber: Entwicklung. „Pan", eine von dieses Norwegers beschwingtesten Dichtungen in Prosa, war Uebergang. Da finden sich Trommelwirbel, die der Liebe zur Frau gelten, aber auch schon eine tiefe Sehnsucht zur Natur. Von dort führte Hamsun der Weg zum dem Buche, daß ihn den Segen der Erde preisen ließ. Es ist nicht der Sinn unseres Seins, zu raten und zu warten, sondern zu schaffen, — so spricht dies Werk. Wohlstand ist nicht die klingende Münze, sondern die Erde. Niemand in diesem Buche ist übermütig und allzu fröhlich, aber es ruht das Licht der Befriedigung über ihm, das nur ein genützter Tag spendet. Nun weiß man auch, weshalb Hamsun zu jenen wenigen gehörte, denen wir auch im Kriege die Treue gehalten haben.

Ja, Hamsun waren wir treu geblieben. Woher mochte es rühren? Es gab doch auch in unserem Lande Dichter, die jenen schwermütigen oder ironischen Lebensatem hatten; doch mußte es an der rechten Mischung fehlen. Und dann, das sahen wir nun erst in seiner vollen Bedeutsamkeit, war es so, daß Hamsun nicht nur der Schöpfer des freilich herrlichen „Pan" war (lest ihn), sondern daß er auch „Hunger", „Neue Erde", im „Märchenland" und „Redakteur Lynge" geschrieben hatte. Mit Hamsun war also auszukommen. Er gab sich, und das war vortrefflich. Aber er gab noch einen Schuß dazu, und das war das Entscheidende. Hier klebte der Wille nicht an der Ausschmückung des eigenen Schmerzleins; schon der „Hunger", ein höchst subjektives Gemälde, besaß jene magische Gewalt, die nur die Synthese von großer Persönlichkeit und Gestaltungsvermögen zum Ueber-Persönlichen auszuüben vermag.

Hamsun ist Kämpfer. Er ist es immer gewesen. Er lag im Kampfe mit sich, aber das tut ein jeder, und der Dichter zumal. Er lag in Fehde mit den anerkannten Dichtergrößen, denen er, in seinem Roman „Mysterien" viel Kräftig-Grobes sagte, weil er die Wahrheit sprechen muß. Er kämpfte seinen herrlichsten Kampf, weil er am aussichtslosesten war, gegen die Großstadt mit ihren Zivilisationsauswüchsen. Er ist ein Kämpfer, der nicht brüllt, sondern singt. Es ist nicht möglich, sich Hamsun in einer Großstadt kämpfend und die Menschheit anrufend zu denken. Dabei darf niemand glauben, seine Stimme sei kraftlos. Hamsun ist Norweger. Hamsun ist überall in der Welt gewesen, und es ist ihm, weiß Gott, nicht zum Besten gegangen. Er hat dieses und jenes getan und gearbeitet, wovon unsere Dadaisten, müßten sie es leisten, 50 Bändchen mit „Ichs" füllen würden. Er ist der Sentimentalität abhold. Aber es ist eine große und religiöse Liebe in ihm, die ihm Bekenntnisse aufdrängt, welche er auf das zärtlichste zu formen weiß. Seine Werke der Liebe „Viktoria" und „Pan" und manches aus den „Mysterien" zählen zu dem Menschlichsten, was je geschrieben wurde. Denn er verharrt nicht im Analytischen, sondern führt dem entbundenen Herzen neuen Blutstrom zu. Das ist es: Hamsun ist noch einer von denen, die mit ihrem Blute schreiben. Menschheit und Menschlichkeit ist ihm bewußte Einheit. Sein Mitleid ist nicht aufdringlich, denn es wird von der Sehnsucht getragen, nicht dem einzelnen zu helfen, sondern dem Wesen überhaupt. Und Hamsun hat etwas, was nur wenig Begnadete mit ihm teilen: das Vermögen, sein Herz im Presto, im Allegro und im Adagio gleichmäßig künstlerisch und physiologisch beherrschen zu können.

Was ist schließlich Bedingung aller wahren Kunst? Nehmen wir einmal den Völkerbundsgedanken ethisch und ganz unpolitisch, so ist die Wurzel das Bestreben, das nationale Bewußtsein in einem übernationalen Akkord ausklingen zu lassen. Nur der Künstler, der wahrhaft dem Volke, dem Lande entstammt, für das er arbeitet, wird Kraft gewinnen, sich über die Landesgrenzen zu erheben. Richard Dehmel sagt einmal in einem Gedicht: „Ich hab' ein großes Vaterland; / zehn Völkern schuldet meine Stirn / ihr bißchen Hirn"... und endet das Gedicht mit dem Traumbild der Völkerbefreiung zum Volk! Knut Hamsun wird uns in seiner durchaus nicht lehrhaften, eher einseitig-willensstarken Anschauung erklärlich, aus den Bedingtheiten seines Landes. Norwegen, in dem die krassen, nicht abgetönten Unterschiede von Winter und Sommer, Sonnenüberschwang und Sonnenarmut, tiefen Einfluß auf die Stimmung des Volkes haben, ist ein Land, in dem Kämpfe rein sozialer Natur nicht die gleiche Bedeutung besitzen wie in Deutschland. Hamsuns Widerstreit heißt daher: Bauer und Student. Er sieht eine nationale Gefährdung in dem Bestreben vieler Bauernsöhne, sich der Stadt zuzuwenden, um dort, schollenabgewandt, ein ungesundes Verhältnis mit der Wissenschaft anzuknüpfen. Hamsun spottet u. a. in „Redakteur Lynge" des Mannes, der sich, Persönlichkeit der Großstadt und Mann von politischem Einfluß geworden, seiner plumpen Hände schämt, die für alle Zeiten tätowiert bleiben. Will man aber wissen, wie Hamsun den Kern Trostlosigkeit aufdeckt, der unter dem Mantel der Feierlichkeit verborgen ist, wie Hamsun zeigt: ach, ihr seht nur die Fahnen, nicht aber achtet ihr der müden Gesichter, denen die Sonne nicht Liebe genug ist, um ihre Seele zu erwärmen und ihren Körper zu ernähren, dann lese man „Neue Erde". In diesem Roman geißelt der Dichter die norwegischen Künstler- und Kaufmannskreise der aufstrebenden Stadt Kristiania. Es ist gut zu wissen, daß Kristiania freilich eine Sonderstellung unter allen Großstädten einnimmt: sie ist so etwas wie der Befriediger der Eitelkeit, und sie kennt weniger Streben nach dem Licht, als nach dem elektrischem Licht der großen Bogenlampen, deren Strahlen die Worte „auch wir" senden wollen.

Hamsun ist Wanderer. Sein „Märchenland" erzählt von der Reise nach dem Kaukasus und gehört zu den allerschönsten und wenigst gelesenen Reisebüchern; erfüllt von ironischer Poesie und trefflicher Beobachtung. Es ist ein Glück, daß es noch Dichter vom Schlage Hamsuns gibt, die, indem sie sich scheinbar außerhalb der Zeitereignisse bewegen, ihnen doch Ausdruck zu schaffen wissen. Sein „Segen der Erde" ist inniges Bekenntnis zum Lande. Wie klar und fest gestaltet ist die Fabel. Der Mann, der sich das Oedland gewinnt, der aus Kraft und Willen zusammengesetzt ist, der sein Vieh liebt, wie seine Kinder, und doch seiner selbst wohl bewußt ist. Die überlegen spöttische Sprunghaftigkeit des jungen Hamsun ist umgewandelt in episch-breite Prosa; wir beugen uns vor der Schöpfung des Liebenden.

Jugendmai 1920. So heißt die vom Hauptvorstand der deutschen Arbeiterjugend-Vereine zur kommenden Maifeier herausgegebene Festschrift, die sicherlich wie bei denen, für die sie zunächst bestimmt ist, auch bei den sozialdemokratischen Eltern großen Beifall finden wird. Karl Korn, der die Nummer berichtete, leitet sie mit einem gedankenflammenden Maienweckruf ein. Erfrischend gute Zeichnungen von Ilse Schütze-Schur schmücken das Blatt. Sonnig, mutblühend, voll Jubel ist das Titelbild: ein Zug jungen Arbeitervolkes. Den reichen textlichen Inhalt — zehn Aufsätze und zwei Gedichte — kennzeichnen folgende Ueberschriften: Voran „Die Jugend unter den Fahnen des 1. Mai," (von Korn), dann „Der Tag der Kultur" (von J. Schult-Hamburg) „Vom März zum Mai" (von Richard Lohmann), „Jugendwandern—Jugendlust" (von Conrad Hahnewald), „Auf Maifahrten" (von Sollmann), „Jugendschutz und Jugendrecht" (von R. Weimann), „Wir Jugend in gärender Zeit" (von Walter Schenk). August Albrecht spricht werbende Worte für den wachsenden Jugend-Verband. Der „Jugendmai" ist gegen Einsendung von 50 Pf. durch die Buchhandlung „Vorwärts" oder von August Albrecht, Hauptvorstand der Arbeiterjugend-Vereine, beide Lindenstr. 3, zu beziehen. Niemanden wird die Bestellung reuen.

Die Baltikafahrten deutscher Bühnensänger rauben den Spielplänen die Sicherheit. So begreift man, daß die Bühnenleiter gegen den Schaden mit Härte vorgehen. Auf Schillings Antrag hat jetzt der Deutsche Bühnenverein den Baritonisten Schlusnus von der Staatsoper des Vertragsbruches schuldig erklärt. Nach Erklärungen, die der Verurteilte vor einigen Wochen in der Presse abgab, schien der Fall milde zu liegen. Die Richter sind aber anderer Meinung gewesen, und vielleicht haben sie derb zugegriffen, weil sie's für angebracht hielten, gegen einen wachsenden Schaden ein abschreckendes Exempel zu statuieren. Ihr Urteil trifft jedenfalls eine wertvolle Kraft der Staatsoper.

Theater. Im Kleinen Schauspielhaus findet am 24. April die 100. Aufführung der „Pfarrhauskomödie" statt. Vorweg die Uraufführung der einaktigen Komödie „Der Selige" von Hermann Bahr. — Das Eden-Theater heißt vom 1. Mai ab „Theater in der Alten Jakobstraße". Die Leitung hat Dr. Martin Zickel.

Hans Pfitzner schreibt ein Buch über Robert Schumann.

Ein Bach-Reger-Abend wird am 22. April, 8 Uhr, von Fritz Heitmann in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche veranstaltet. Im Programm steht Regers Choralphantasie „Wachet auf, ruft uns die Stimme".

Die Grundschule beschlossen.

Die Nationalversammlung hat am Montag die dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Grundschule und die Aufhebung der Vorschulen erledigt.

Abg. Mumm (Dnat.) feiert die Schule als ein Werkzeug sozialer Versöhnung. Der Religionsunterricht muß erhalten bleiben, dafür hat sich auch in Berlin eine große Mehrheit ausgesprochen, wie die Elternbeiratswahlen bewiesen haben. Wir fordern Rücksichtnahme auf die Privatschulen.

Abg. Foepel (Dem.): Ein Gewissenszwang soll nicht ausgeübt werden.

Minister des Innern Koch: Die Wünsche des Abg. Mumm sind zum großen Teil schon durch die Verfassung gewährleistet. Einzelne Schwierigkeiten werden im Einvernehmen mit den Ländern beseitigt. Eine Schmälerung der Gewissensfreiheit soll nicht vorkommen.

Abg. Runkel (Dnat.) tritt für die Vorschullehrer ein.

Das Gesetz wird darauf unter Ablehnung aller Abänderungsanträge gegen die Stimmen der Deutschnationalen in dritter Lesung angenommen.

Die Gesetze über die Versorgung der Militärpersonen usw. und über die Kosten der Kriegsbeschädigtenfürsorge werden dem sozialen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Interpellationen über Eupen und Malmedy und über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, Parlamentsschutzgesetz, Erhöhung der Postgebühren, kleine Vorlagen.

Schluß 4½ Uhr.

Der Grundstein.

Die Annahme des ersten Reichsschulgesetzes.

Von Richard Lohmann.

Ohne die äußeren Merkmale eines „großen Tages", ohne eine feierliche Ankündigung, bei schwach besetztem Hause und durchaus nicht überfüllter Tribüne hat die Nationalversammlung am Freitag — fast möchte man sagen: nebenbei — das erste deutsche Reichsschulgesetz in zweiter und am Montag in dritter Lesung verabschiedet. Es ist verständlich, daß in diesen Tagen politischer Hochspannung die Fragen der kulturellen Erneuerung unseres Volkslebens in den Hintergrund treten gegenüber den Aufgaben des Augenblicks — aber es ist darum nicht weniger bedauerlich. Unsere Arbeit an der Gegenwart ist umsonst, wenn wir nicht die Gewähr für ihre Auswirkung in die Zukunft haben. Alle Mühe um die Ueberwindung der wirtschaftlichen Not, alle Arbeit für die Festigung der innerpolitischen Lage, für den Ausbau der demokratischen Republik wäre sinn- und zwecklos, wenn wir wüßten, daß das heranwachsende Geschlecht, im Rahmen der alten Schule und im Geiste des alten Staates erzogen, nur darauf wartete, den mühsam errichteten Bau wieder zu zertrümmern.

Darum war es eine innere Notwendigkeit, daß die Nationalversammlung vor ihrer Auflösung neben den übrigen dringenden Gegenwartsaufgaben wenigstens auch noch den Grundstein zum Neubau der deutschen Schule legte. Mehr konnte nach Lage der Sache und mehr wollte auch das erste Reichsschulgesetz nicht sein.

Die Wünsche der sozialistischen und auch der demokratischen Reformer gehen freilich weit über die Forderungen hinaus, die dieses erste Reichsgesetz erfüllt. Wem der Gedanke der Einheitsschule mehr ist, als ein neues Schlagwort für eine alte Sache, der kann sich nicht damit begnügen, auf eine vierjährige, gemeinsame Grundschule den herkömmlichen Oberbau von Lern- und Kenntnisschulen, von Volks-, mittleren und höheren Schulen zu türmen. Es wäre nichts verhängnisvoller, als wenn wir den jetzt begonnenen Abbau des alten Systems mit dem Ziel, das der neuen Schule gesteckt ist, verwechseln wollten. Das Ziel, die Erziehung des neuen Geschlechts zum Gemeinschaftsgedanken durch eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft, kann nicht von heute auf morgen verwirklicht werden. Der neue Geist dieser Erziehung verlangt gebieterisch auch nach einer neuen Form, und über die beste Form gehen heute noch die Ansichten der im Ziel einigen Reformer weit auseinander; viel des Unfertigen, des noch nicht Ausgereiften ringt hier — unbekümmert um die Notwendigkeiten einer schrittweis vorwärts gehenden Schulpolitik — nach Gestaltung. Die große Reichsschulkonferenz, die nunmehr unmittelbar im Anschluß an die Wahlen stattfinden soll, wird der Ort sein, um diese Ansichten zu klären, um die adäquate Form für die Schule eines neuen Geistes zu finden.

Bis dahin muß sich die praktische Schulpolitik, die Gesetzgebung des Reiches darauf beschränken, Breschen in das alte System zu legen und die ersten Steine zu einem Neubau zusammenzutragen. Diesen Zweck erfüllt das erste, soeben beschlossene Reichsschulgesetz, und darin liegt sein unbestreitbares Verdienst.

Die Reaktion hat das von Anfang an klar erkannt und sich deshalb bis zum letzten Augenblick bemüht, das Gesetz zu Fall zu bringen oder wenigstens seine Verabschiedung zu verzögern. Das Reichsministerium des Innern und die Nationalversammlung sind aber allen Protesten und Drohungen gegenüber erfreulicherweise festgeblieben. Der auch in der zweiten Lesung wiederholte Satz, daß man hier etwas niederreiße, ohne zugleich ein Neues an seine Stelle zu setzen, trifft bis zu einem gewissen Grade allerdings durchaus zu. Die Einführung des vierten Grundschuljahres und der Abbau der Vorschulen zwingen aber automatisch zu einer Umgestaltung unseres gesamten Schulwesens, und „wenn der Mantel fällt, muß auch der Herzog nach". Eben deshalb war es vorderhand gar nicht erforderlich, das Ziel genauer zu umreißen; es genügt einstweilen durchaus, daß der Zwang zu einem Anfang der Reform vorhanden ist. Da über der Durchführung des vierten Grundschuljahres mindestens ein Jahr vergeht, so bleibt inzwischen Zeit genug, um auf Grund des Ergebnisses der Reichsschulkonferenz das Ziel weiter zustecken und genauere Grundsätze für den Aufbau der Einheitsschule von Reichs wegen aufzustellen.

Der Anfang mit der Beseitigung der Klassenschichtung unseres bisherigen Bildungswesens ist jedenfalls gemacht. Man muß es den Rechten lassen, daß sie diese erste Position in klarer Erkenntnis der Sachlage mit Zähigkeit und bis zum äußersten verteidigt hat. Mit welchen vormärzlichen Anschauungen die Freunde einer wirklichen Einheitsschule hier sich noch auseinanderzusetzen haben, zeigte am deutlichsten der Kampf um die Vorschulen und die Privatschulen. Die Vorschulen mit ihrem ausgesprochenen Charakter der Standesschulen wurden von den Vertretern der Rechten als „von innen heraus gewachsen" verteidigt, die Vertreter der Vorschullehrer sehen in der Versetzung an die Volksschule eine „Degradation"; der gleiche Unterricht an einer von Kindern aller Volksschichten besuchten Schule gilt also als minderwertig gegenüber dem Unterricht an Schulen, die nur von den besitzenden Klassen besucht werden! Kann man sich da wundern, wenn unlängst ein Blatt der Rechten (die „Deutsche Zeitung") die Bildung der bevorrechtigten Bevölkerungsschichten nicht „um des Aufstiegs etlicher Proletarierkinder willen" gefährdet wissen wollte? Oder wenn die „Tägliche Rundschau" sich zu der Behauptung verstieg, daß den verschiedenen Ständen eben von Natur verschiedene Begabungen eingepflanzt seien, und daß sich die Proletarierkinder gerade in der bisherigen Umgebung besonders wohl fühlten?

Erst wenn man sich solche Anschauungen vor Augen hält, kann man recht ermessen, welchen Fortschritt in der Tat die Einführung einer auch nur vierjährigen gemeinsamen Grundschule im gegenwärtigen Augenblick schon bedeutet. Wir täuschen uns allerdings nicht darüber, daß die Umwandlung der Form der Schule noch nicht gleichbedeutend ist mit einer Neueinstellung des Geistes der Erziehung. Man hat auch bei der Beratung dieses ersten Reichsschulgesetzes manch schönes und manch schiefes Wort von dem Rechte der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder gesprochen. Um die Daseinsberechtigung der Privatschulen zu erweisen, übersah man völlig, daß auch dieses Recht der Einzelpersönlichkeit, dieses „Elternrecht" eine Schranke findet an den Rechten der Volksgemeinschaft und an den Pflichten gegen diese Gemeinschaft. In der Frage des Geistes der Erziehung gehen aber die Rechte der Eltern sogar mit den Forderungen, die die Volksgemeinschaft um ihrer selbst willen erheben muß, Hand in Hand. Die überwältigende Mehrheit der Volksgenossen und der neue Volksstaat selbst verlangen, daß das heranwachsende Geschlecht zu Bürgern dieses Volksstaates, zu willig sich einordnenden Gliedern der Volksgemeinschaft, im Geiste der Liebe, der Solidarität und der Völkerversöhnung erzogen wird.

Wieviel an solcher Erziehung im neuen Geiste in unseren Schulen noch fehlt, haben die letzten Wochen mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Die alte Schulbureaukratie herrscht noch immer und stärkt den Trägern des alten Geistes innerhalb der Lehrerschaft den Rücken; auch die Demokratisierung der Schulverwaltung ist in den ersten Anfängen stecken geblieben. Daß wir auch hier eine Gegenwartsaufgabe zu erfüllen haben, ist im Kampf der letzten Wochen nicht immer mit der wünschenswerten Eindringlichkeit betont worden.

Die Verabschiedung des ersten Reichsschulgesetzes lenkt nun im bunten Gewirr unserer innen- und außenpolitischen Nöte den Blick wieder einmal auf die Frage der geistigen Erneuerung unseres Volkes, und es wäre nur zu wünschen, daß es länger als für einen Augenblick geschieht. Der Grundstein einer neuen deutschen Schule ist gelegt. Die Freude über das Erreichte aber muß ausklingen in die Mahnung und Warnung: Vergeßt die Schule nicht! In ihr sollen die Kräfte reifen, die das begonnene Werk vollenden.

Funktionärkonferenz der S. P. D.

Mittwoch 6 Uhr für alle zur S. P. D. gehörenden Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Angestellten- und Beamtenvertreter: Allgemeine Funktionärkonferenz im Deutschen Hof, Luckauer Straße 15. Tagesordnung: Unsere nächsten politischen Aufgaben und die Einigung der Arbeiterschaft. Referent: Genosse Dr. Koelitz. Mitgliedsbuch und Ausweiskarte vorzeigen.

Der Bezirksvorstand.

Groß-Berlin

Ein Regentag.

Der April besann sich gestern auf sich selbst. Er spielte eine zeitlang, nicht ganz echt, eine hochsommerliche Rolle, ließ grünen und blühen was das Zeug halten wollte und es schien fast so, als wollte er uns um den Sommer betrügen. Am Sonntag schon schien ihm angesichts des blühenden Flieders die Besinnung gekommen zu sein. Man merkte, daß er die Stirn kraus zog über das, was er voreilig angerichtet hatte und den Leuten, die in den Wäldern spazieren gingen und die nicht programmäßigen Blumen pflückten, wurde es schon ängstlich zumute. Es blieb aber bei dem Stirnkrausziehen mit einigen unmutigen Luftstößen und die Leute in den Wäldern kamen trocken nach Hause.

Am Montag vormittag kämpfte er noch einen Kampf mit sich selbst. Aber wer kann heute nur immer lauter Sonne lächeln.? Gründlich hab ich's satt, dachte der April, packte sich die Wolken voll Wasser und ließ sie dann gründlich auslaufen. Es regnete von Mittag bis Abend. Es gab Ströme über Berlin. Es troff gründlich und unablässig von allen Hausdächern, auf die Hoffnungsvollen, die da warteten, daß es mal aufhöre. In den Straßen flossen die braunen Bäche, die über den Gullys bald tüchtige

---

12]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

„Du hättest zu mir kommen und den Boden kaufen sollen," sagte der Schultheiß. — „Ja." — Der Schultheiß sprach von Einschätzung, von Grenzscheiden, von Steuer, „Kronsteuer", sagte er; als Isak einigermaßen Aufklärung bekam, fand er es immer weniger ungereimt. Der Schultheiß rief seinen Begleiter herein und sagte: „Nun, du Taxator, wie groß ist die Ansiedlung?" Aber er wartete nicht auf Antwort, sondern schrieb die Größe aufs Geratewohl hin. Dann fragte er Isak nach den Heulasten und nach den Kartoffeltonnen. Und wie sie es mit der Grenzscheide halten wollten? Sie könnten doch nicht die Grenzscheide in mannshohem Schnee abschreiten, und im Sommer könnten Menschen nicht hier heraufkommen. Was Isak sich selbst als Weideland und Wald ausgedacht habe? — Das wußte Isak nicht, bis jetzt hatte er, soweit er sah, für sein eigen angesehen. Der Schultheiß sagte, der Staat setze Grenzen. „Je mehr Land du bekommst, desto höher ist die Steuer," sagte er — „So." — „Ja, du bekomst nicht so viel, als du überschauen kannst, sondern so viel, als du brauchst." — „So." —

Inger setzte Milch vor, und der Schultheiß und sein Begleiter tranken. Sie brachte noch mehr Milch. Der Schultheiß sollte streng sein? Er strich sogar Eleseus übers Haar und sagte: „Spielt er mit Steinen? Laß mich die Steine mal sehen! Was ist denn das? Die sind aber schwer, da ist gewiß irgendein Metall drin!" — „Ja, sie sind von droben auf den Bergen," sagt Isak.

Der Schultheiß kehrte zum Geschäftlichen zurück. — „Südlich und westlich ist es wohl am vorteilhaftesten für dich?" sagte er zu Isak. „Sagen wir eine Viertelmeile!" — „Was, eine ganze Viertelmeile!" rief der Begleiter des Schultheißen. — „Du allerdings könntest keine zweihundert Ellen umbrechen," versetzte der Schultheiß kurz. — Isak fragte: „Was kostet eine Viertelmeile?" — „Das weiß ich nicht," antwortete der Schultheiß, „das weiß niemand. Aber ich werde einen niederen Preis vorschlagen. Es ist ja meilenweit im Oedland drinnen, one jegliche Zufahrt."

„Ja, aber eine ganze Viertelmeile!" sagte der Begleiter wieder

Der Schultheiß schrieb eine Viertelmeile südwärts und fragte: „Und aufwärts nach den Bergen?" — „Ja, da muß ich Zugang zum Wasser haben. Dort ist ein großer Wasserlauf," antwortete Isak.

Der Schultheiß schrieb weiter. „Jetzt nach Norden?" — „Das weiß ich nicht so genau, auf dem Moor ist kein ordentlicher Wald," meinte Isak.

Der Schultheiß schrieb nach seinem eigenen Kopf eine halbe Viertelmeile. „Nach Osten?" — „Das weiß ich auch nicht so genau. Dort ist nur Gebirge nach Schweden hinüber."

Der Schultheiß schrieb.

Als er fertig war, rechnete er das Ganze in einem Augenblick zusammen und sagte: „Natürlich wird das ein großer Hof, und wenn er drunten im Dorfbezirk läge, könnte ihn niemand kaufen. Ich will hundert Taler alles miteinander vorschlagen. Was meinst du?" fragte er seinen Begleiter. — „Das ist ja gar kein Preis," antwortete dieser. — „Hundert Taler!" sagte Inger. „Du brauchst gar kein so großes Grundstück." — „Nein," sagte Isak. — Der Begleiter fiel ein: „Es ist, wie ich sage. Was wolltet Ihr mit so viel Land?"

Der Schultheiß sagte: „Es bebauen."

Nun hatte er dagesessen, sich abgemüht und niedergeschrieben; ab und zu schrie ein Kind in der Stube, er hätte nur ungern das Ganze noch einmal geschrieben, er kam auch erst spät in der Nacht wieder heim, nein, erst gegen Morgen sogar. So steckte er entschlossen die Urkunde in seine Tasche. „Geh hinaus und spann an!" befahl er seinem Begleiter. Dann wendete er sich an Isak und sagte: „Eigentlich hättest du den Platz umsonst haben sollen und noch Bezahlung obendrein, so wie du geschafft hast. Und diesen Vorschlag werde ich auch machen. Dann werden wir sehen, was der Staat für seinen Schutz verlangt."

Isak — Gott weiß, wie ihm zumute war. Es war, als hätte er nichts dagegen, daß ein hoher Preis für seine Ansiedlung und seine ungeheure Arbeit hier angesetzt würde. Er hielt es wohl nicht für möglich, mit der Zeit hundert Taler abzubezahlen, deshalb sagte er nichts mehr; er konnte wie vorher arbeiten, das Land bebauen und alten Wald in Klafterholz umwandeln. Isak war nicht von denen, die umherspähen, er stand nicht auf dem Ausgck nach Glückszufällen, er arbeitete.

Inger bedankte sich beim Schultheißen und bat ihn, beim Staat ein gutes Wort für sie einzulegen.

„Jawohl. Aber die Entscheidung liegt ja nicht bei mir, ich gebe nur mein Gutachten dazu. Wie alt ist denn der Kleinste da?" — „Gut ein halbes Jahr." — „Junge oder Mädchen?" — „Ein Junge."

Der Schultheiß war nicht hart, sondern oberflächlich und wenig gewissenhaft. Seinen Taxator und Gerichtsdiener Brede Olsen hörte er nicht an, das wichtige Geschäft ordnete er aufs Geratewohl und nach Gutdünken; diese große Sache, entscheidend für Isak und seine Frau, und entscheidend auch für die Nachkommen vielleicht in zahllosen Geschlechtern, entschied er auf gut Glück, er schrieb nur so hin. Aber er erzeigte den Ansiedlern viel Freundlichkeit, er zog ein glänzendes Markstück aus der Tasche und gab es dem kleinen Sivert in die Hand, dann nickte er noch freundlich und verließ die Stube.

Plötzlich fragte er: „Wie heißt der Ort?"

„Heißen?" — „Welchen Namen hat er? Wir müssen ihm einen Namen geben."

Daran hatten die Leute nicht gedacht, und Inger und Isak sahen einander an.

„Sellanraa?" sagte der Schultheiß. Er hatte diesen Namen wohl erfunden, es war vielleicht gar kein Name, aber er wiederholte: „Sellanraa!" nickte beifällig und fuhr davon.

Alles aufs Geratewohl, die Grenzscheide, den Preis, den Namen . . .

Einige Wochen später, als Isak im Dorfe war, hörte er, daß es mit dem Schultheißen Schwierigkeiten gegeben habe. Es war nach verschiedenen Geldern geforscht worden, über die er nicht Rechenschaft ablegen konnte, und man hatte ihn deshalb beim Landrichter angezeigt. So schlimm kann es kommen; manche Menschen taumeln so durchs Leben dahin, dann kommen sie an denen, die bedächtigen Schrittes gehen, zu Fall.

Eines Tages, als Isak mit seinen letzten Holzfuhren im Dorf gewesen war und sich nun auf dem Heimweg befand, geschieht es, daß er den Schultheiß fahren soll. Der Schultheiß trat ohne weiteres mit einer Reisetasche in der Hand aus dem Walde heraus und sagte: „Laß mich bei dir aufsitzen!"

Sie fuhren eine Weile, keiner von beiden sprach ein Wort. Ab und zu zog der Schultheiß eine Flasche heraus und trank einen Schluck; er bot auch Isak an, der aber dankte. „Ich fürchte für meinen Magen auf dieser Reise," sagte der Schultheiß.

(Forts. folgt.)

Strudel bildeten und der Landwehrkanal versuchte, ein brodelnder Mississippi zu werden. Dazu kamen Gewitter und Blitze und die Straßenbahn überlegte sich sehr, ob sie nicht den Betrieb einstellen sollte.

Um 9 Uhr abends war der Himmel vorläufig erschöpft und eine empfindliche Kühle ließ die Sehnsucht nach der mangelnden Kohle wieder stärker auftreten. An einigen Stellen Berlins kam es durch plötzlich entstandene Seen zu kleineren Verkehrseinschränkungen; im allgemeinen aber überstand die Stadt Berlin den gestrigen Nachmittagsregenguß mit bekanntem Humor.

Die Polizeistunde.

Der Ruf Berlins als Weltstadt beruhte nicht zuletzt auf seinem — Nachtleben. In den letzten Jahren ist das anders geworden. Die Not, in die uns der Krieg gebracht hat, und vor allen Dingen der Mangel an Kohlen hat die Herabsetzung der Polizeistunde notwendig gemacht. Für die vielen Tausend, die im Gastwirtsgewerbe beschäftigt sind, bedeutete das natürlich eine ungeheure Härte. Aber sie zu mildern, war nicht möglich, so lange man in Berlin industrielle Großbetriebe wegen Kohlenmangel schließen mußte, solange ein großer Teil der Bevölkerung in ungeheizten Räumen den Winter verbringen mußte und manchmal nicht wußte, wie es seine kargen Mahlzeiten herstellen sollte. Aus diesem Grunde haben wir auch wiederholt unsere Bedenken gegen den Abbau dieser Zwangsmaßnahme geltend gemacht.

Eine Zwangsmaßnahme hält man aber nur solange aufrecht, solange sie unbedingt notwendig ist. Wir haben jetzt eine Steigerung der Kohlenproduktion zu verzeichnen und verbrauchen infolge der fortschreitenden Jahreszeit bedeutend weniger Kohle zu Heizungs- und Beleuchtungszwecken. Es erscheint uns daher geboten, die Frage der Verlängerung der Polizeistunde bei Beginn des Sommerhalbjahres einer erneuten Prüfung zu unterziehen und zu untersuchen, ob man dieselbe während der Sommermonate nicht verlängern kann, ohne das Wirtschaftsleben zu schädigen. Eine diesbezügliche Anfrage beim Berliner Polizeipräsidenten wurde vom Genossen Richter, der lebhaft für eine Verlängerung der Polizeistunde eintrat, dahingehend beantwortet, daß er nicht die Macht habe, die Polizeistunde zu verlängern. Es sei dazu eine Aenderung der Bundesratsverordnung, die eine Offenhaltung der Schank- und Vergnügungsstätten über ein 1/2 12 Uhr nachts verbietet, notwendig. Nach seiner Meinung soll man den örtlichen Behörden die Möglichkeit geben, diese Frage nach den jeweiligen lokalen Verhältnissen und Bedürfnissen zu regeln. Das setzt natürlich voraus, daß die örtlichen Instanzen das nötige Verantwortungsgefühl besitzen und auf keinen Fall eine Verlängerung der Polizeistunde verfügen, wenn dadurch unserer Wirtschaft auch nur das geringste Quantum Kohle in unzulässiger Weise entzogen wird.

Von den zuständigen Stellen wurde uns immer wieder vorgehalten, daß die 11-Uhr-Polizeistunde die Bekämpfung der Nepplokale, die gewohnheitsgemäß die Polizeistunde heimlich überschreiten, erschwert. Wenn jetzt die Polizeistunde heraufgesetzt werden sollte, so erwarten wir, daß diesen „Vergnügungs"stätten auch weiterhin gehörig auf den Pelz gerückt wird, falls sie es nicht doch vorziehen sollten, sich mit dem Offenhalten bis zu der verlängerten Polizeistunde zu begnügen. Größte Rücksichtslosigkeit muß dann selbstverständlich gegen die angewendet werden, die das Entgegenkommen in dieser Frage nicht zu würdigen wissen.

Wo bleibt die „billige" Ware — ?

Wer möchte in dieser Teuerungszeit nicht sofort zugreifen, wenn er hört, daß es irgendwo billige Ware geben soll! An Versprechungen und Ankündigungen dieser Art fehlt es nicht, aber nur zu oft ist hinterher die „billige" Ware nirgends zu haben. Ein Leser fragt bei uns an, wo es die Fische und Räucherware gab, die in der vorigen Woche laut Säulenanschlag zu sehr billigen Preisen verkauft werden sollten. Wir können ihm die Frage leider nicht beantworten, denn gleich ihm haben auch wir von dieser „billigen" Ware nichts zu sehen gekriegt. Er kann recht haben mit seiner Vermutung, daß es wohl wieder so eine Geschichte wie mit dem „billigen" Werderschen Spargel ist. Da wurde ja auch der nach heutigen Verhältnissen wirklich billige Preis von 2 M. pro Pfund in Aussicht gestellt, hinterher aber sollte man das Pfund mit 5 bis 6 M. bezahlen. Nebenbei bemerkt: wenn die Ankündigungen durch die Presse weitergegeben werden, so kann natürlich niemand die den Kauflustigen bereitete Enttäuschung ihr zur Last legen. Man würde ihr gewiß die bittersten Vorwürfe machen, wenn sie die Wiedergabe einer solchen Nachricht unterlassen hätte und dann die billige Ware etwa doch zu haben wäre.

Die bildenden Künstler gegen die Luxussteuer.

Eine eindrucksvolle Protestversammlung bildender Künstler gegen die Luxussteuer auf Kunstwerke fand gestern im Herrenhause statt. Sie wurde eröffnet durch Prof. Artur Kampf, der angesichts des übervollen Raumes sehr richtig bemerkte: Einmal sind die Künstler einig: Wenn es ihnen an den Kragen geht! Als erster Redner sprach Rechtsanwalt Kodlin, der darauf hinwies, daß die Regierung und die Parteien das Gesetz gemacht hätten, ohne die Künstlerschaft auch nur zu hören. Jetzt, wo es so manchem, der an dieser verfehlten Sache mitgearbeitet hat, dämmert, wie vernichtend sie die Kunst trifft, jetzt will es keiner gewesen sein. Man degradiert den Künstler zum Kleinhändler mit Luxuswaren, mutet ihm wie einen Wollhändler zu, ein Lagerbuch und ein Steuerbuch zu führen, in die er jede Skizze eintragen soll, ganz gleich, ob er sie nachher, weil sie ihn nicht befriedigt, wieder vernichtet oder übermalt.

In vorzüglicher Weise führte Hans Baluschek diesen Gedanken weiter aus. Er protestierte gegen dieses niederträchtige Weihnachtsgeschenk, das Philister und Banausen gemacht haben, die von der Kunst keine Ahnung haben. Sie wissen nicht, wieviel Jammer und Not in den Reihen der Künstler herrschen. Sie kennen anscheinend die Künstler nur aus schlechten Romanen, in denen es den Künstlern im ersten Kapitel immer schlecht geht, aber nachher verkauft er für Millionen, bekommt die Tochter eines Millionärs und noch eine Villa! Die Regierung aber machte der Redner darauf aufmerksam, daß die Künstler keine Luxuswaren schaffen, sondern Kulturwerte.

Außerordentlich sachlich betonte der Vorsitzende des Vereins Berliner Künstler, Prof. Max Schlichting, daß die Künstler im Steuerzahlen keine Bevorzugung vor anderen Staatsbürgern fordern. Das Gesetz ist aber eine Ausnahmebesteuerung gegenüber den anderen geistigen Berufen. Es trifft besonders die jungen Talente. Unsere größten Meister haben lange kämpfen müssen, ehe sie zu Ruhm und Brot gelangten, und in dieser Hinsicht wird sich im Laufe der Welt wohl in Zukunft kaum etwas ändern. Solange eben ein Künstler keinen Namen hat, fühlt sich jeder, der ihm überhaupt ein Werk abkauft, schon als Wohltäter, wenn er ihm einen ganz niedrigen Preis anbietet. Der junge Künstler besonders kann also die Steuer nicht auf den Käufer abwälzen.

Nachdem noch Max Pechstein und von Abgeordneten unter anderen Dr. Maximilian Pfeiffer und ganz besonders Genosse Frank in warmen Worten für die Künstler eintraten, wurde die Versammlung mit einer einstimmig angenommenen Protestresolution gegen die Luxussteuer auf Kunstwerke geschlossen.

Wiederum Kokspreiserhöhung. Gleichmäßig wie der Wechsel des Mondes ist das Steigen der Kokspreise geworden. Der Kohlenverband Groß-Berlin sieht sich wieder einmal genötigt, für das Gebiet des Kohlenverbandes höhere Preise für Koks festzusetzen. Bei Küchen- und Ofenbrand ab 19. April 1920: Für Koks, Gaskoks gebrochen: bei Selbstabholung ab Lager 22,55 M. je Zentner, bei Lieferung frei Erdgeschoß oder Keller 23,55 M. je Zentner; für Kokslieferungen an das Kleingewerbe sowie für Zentralheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Rubren nicht unter 30 Zentner ab 6. April 1920: Gaskoks, groß, 22,20 M. je Zentner; Gaskoks, gebrochen, 22,50 M. je Zentner; westfälischer oder Lichtenberger Schmelzkoks 23,60 M. je Zentner; oberschlesischer Schmelzkoks 22 M. je Zentner.

Durchsuchungen im Scheunenviertel. Eine umfangreiche Razzia veranstaltete gestern nachmittag die Berliner Sicherheitspolizei, unterstützt von Beamten der Kriminalpolizei, in dem alten Scheunenviertel. 4 Hundertschaften sperrten die Straßenzüge ab und nahmen Haus für Haus Durchsuchungen vor. Es galt die Aushebung berüchtigter Schiebernester und die Feststellung verdächtiger Personen. Eine große Anzahl zweifelhafter Elemente wurde der Kriminalpolizei zugeführt.

Während der Verkehrssperre nach Polen und Danzig treten für die zwischen Berlin und Danzig verkehrenden Schnell- und Personenzüge einige Fahrplanänderungen in Kraft, die jedoch nur für die Dauer der Sperre Gültigkeit behalten. Die umgeleiteten Schnellzüge nach Ostpreußen D 8 und D 15 fallen aus; der Schnellzug D 1, ab Stettiner Bahnhof 7,54 vorm., bisher nach Danzig, verkehrt während der Sperre nur bis Stolp. Der Personenzug 599, ab Stettiner Bahnhof 5,50 vorm., verkehrt nur bis Lauenburg, sein Gegenzug 596, an Stettiner Bahnhof 1,45 nachts, beginnt in Lauenburg. Endlich werden die Personenzüge 591, ab Stettiner Bahnhof 8,25 abends, und 598, an Stettiner Bahnhof 8,52 vorm., nur nach und von Groß-Boschpol durchgeführt.

Der Schnellzugverkehr nach und von Süddeutschland über Frankfurt (Main) ist durch die Besetzung der Stadt Frankfurt durch die Franzosen nicht unterbrochen worden, er bleibt vielmehr in vollem Umfange aufrecht erhalten. Südlich von Frankfurt verkehren alle Züge fahrplanmäßig.

Hilfsarbeit Norwegens für deutsche Kinder. In Kristiania arbeitet zurzeit, wie uns mitgeteilt wird, ein Komitee unter Vorsitz von Frau Grosserer Johannesen, um deutsche Kinder auch in diesem Sommer in Norwegen empfangen zu können. Die norwegische Gesandtschaft zu Berlin verteilte in der vergangenen Woche im Gesandtschaftsgebäude Lebensmittel, besonders Fleisch, Schmalz und Mehl, an mehrere hundert Berliner Familien, zu welchem Zweck zurzeit auch in Norwegen noch weitere Lebensmittel gesammelt werden.

Die Speisung von Schulkindern durch die Quäkerkommission soll, wie uns aus Elternbeiratskreisen mitgeteilt wird, nicht immer nur den Bedürftigsten zugute kommen. Ein Mitglied des Elternbeirats einer in Moabit liegenden Gemeindeschule meldet uns, daß bereits Klagen hierüber laut geworden sind, Kinder aus Familien, die es nicht nötig hätten, habe man zur Teilnahme an den Speisungen zugelassen, während andere Kinder aus wirklich bedürftigen Familien ausgeschlossen worden seien. In Zukunft solle man bei derartigen Veranstaltungen, schreibt uns das Elternbeiratsmitglied, die Auswahl der Kinder nicht den Lehrerkollegien allein überlassen, sondern die Elternbeiräte hinzuziehen. Eine vor kurzem durch die Presse gegangene Mitteilung gab an, daß in Groß-Berlin die Untersuchung des Ernährungszustandes der Kinder durch die Schulärzte zusammen mit besonders bestellten Aerzten nach den von den Quäkern gewünschten Grundsätzen ausgeführt wird.

Begrüßungsfeier für Kriegsgefangene in Neukölln. Der Ortsausschuß der Kriegsgefangenenheimkehr hat beschlossen, unter Mitwirkung der dem Hilfsausschuß für die Kriegsgefangenen vier angeschlossenen Organisationen eine Begrüßungsfeier für die aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Neuköllner Bürger zu veranstalten. Die Feier findet am Sonnabend, den 24. April, abends 7 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt" statt. An jeden im Krisheim gemeldeten Heimkehrer wird eine Eintrittskarte, die zum Eintritt für zwei Personen berechtigt, versandt werden.

Staatstheater Neukölln. In der Voraussicht, daß die Karten für die heute stattfindende Aufführung von Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten" bald vergriffen sein würden, hat der Magistrat für Freitag, den 23. April, eine Wiederholung dieses Werkes veranlaßt. Karten sind in den durch Säulenanschlag bekannt gemachten Verkaufsstellen zu haben.

Beratung in Wanderfragen. Um den Wandertrieb zu fördern, haben der „Bund für Jugendherbergen in der Mark Brandenburg E. V." und der „Verband Märkischer Wandervereine E. V." gemeinsam eine Beratungsstelle in der 6. städtischen Fortbildungsstelle in Berlin, Georgenkirchstraße 43, eingerichtet, die jeden Montag abend von 6—7 Uhr geöffnet ist.

Lichtenberg. Bürgermeister Dr. Marezky hat, wie wir erfahren, der preußischen Staatsregierung den Antrag unterbreitet, durch Vermittlung der Reichsregierung bei der Nationalversammlung die Genehmigung zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen der gegen ihn gerichteten Anschuldigungen im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch einzuholen. Dr. Marezky hat zugleich gebeten, dieses Verfahren zu beschleunigen, da er ausreichende Unterlagen und Beweise besitzt, um die völlige Haltlosigkeit der gegen ihn gerichteten Behauptungen darzulegen.

Pankow. Die letzte Gemeindevertretersitzung stand noch unter dem Eindruck des verflossenen Kapp-Lüttwitz-Putsches. Wenn auch ein großer Teil der über Pankow durch die Presse verbreiteten Mordgeschichten aus den Putschtagen der erregten Phantasie jener kritischen Zeit entsprungen ist, so hat sich in Pankow doch nicht alles so ganz harmlos abgespielt. Blutvergießen und Zerstörung von Werten und Eigentum sind allerdings durch das besonnene Verhalten der Arbeiterschaft aller Parteirichtungen, der Polizei und der Gemeindeverwaltung vermieden worden. Auch ist Pankow nicht, wie einzelne Blätter zu melden wußten, die Rekrutierungszentrale für eine Rote Armee gewesen, ebensowenig sind Tausende schwer bewaffneter Rotgardisten von hier aus gegen Berlin gezogen, und auch die hiesige Einwohnerwehr hat trotz eifrigen nächtlichen Absuchens des Rathausneubaues mit Taschenlaternen und Talglichtern Spartakus nicht entdecken können. Nichtsdestoweniger steht aber fest, daß das provokatorische Auftreten der eingerückten Kapp-Lüttwitz-Meuterer und eines Teiles der sogenannten Einwohnerwehr sowie die durch Denunziationen aus der Bürgerschaft veranlaßten Verhaftungen durch die Baltikumer — so wurde Gemeindeschöffe Kubig (U. S. P.) mitten aus einer Gemeindevorstandssitzung heraus verhaftet, jedoch sofort wieder freigegeben — eine Stimmung geschaffen, die jeden Augenblick schwere blutige Zusammenstöße herbeizuführen drohte. Auch dem Gemeindevorstand in seiner Gesamtheit wurde wegen seines Widerstandes gegen den unerbetenen Besuch der Baltikumer wiederholt Gewalt und seine Festsetzung angedroht. Nachdem dann die Baltikumer das Feld geräumt hatten, artete die Harlekinade der sogenannten Einwohnerwehr schließlich in eine so dringende öffentliche Gefahr aus, daß die Arbeiterschaft sich veranlaßt sah, sie zu entwaffnen und an ihrer Stelle gemeinsam mit der Polizei den Ortsschutz zu übernehmen. Alle diese Geschehnisse hatten die Fraktionen der S. P. D. und U. S. P. zu dem gemeinsamen Antrag in der Vertretung veranlaßt, zum Zwecke des Ortsschutzes an Stelle der aufgelösten Einwohnerwehr eine Ortswehr nach Maßgabe der zwischen der Regierung und den Arbeitnehmerorganisationen vereinbarten Grundsätze zu bilden. Dieser Antrag wurde nach sehr ausgedehnten und oft stürmischen Debatten gegen die bürgerlichen Parteien angenommen. Des weiteren wurde ein ebenfalls von der S. P. D. und U. S. P. gemeinschaftlich gestellter Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angenommen, der nachprüfen soll, ob und inwieweit den Beamten und Angestellten der Gemeinde aus Anlaß des Kapp-Lüttwitz-Putsches den Hochverrat begünstigende Verfehlungen nachgewiesen und entsprechend geahndet werden können.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 20. April:

Achtung, Polizeibeamte, blaue und grüne Polizei! Handzettelverteilung nachmittag 6½ Uhr, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35. Alle Vertrauensmänner müssen zur Entgegennahme der Flugblätter pünktlich erscheinen.

Arbeitsgruppe Gesundbrunnen. 33.—36., 44. und 45. Abteilung. 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und Vertrauensleute in der Schulaula Gravenstr. 11.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe Lichtenberg. 7½ Uhr bei Schlenkrich, Simplonstr. 42: Vortrag des Genossen Scheffel über „Wirtschaftspolitik". — Ortsgruppe Lichterfelde. 7½ Uhr im Jugendheim, Albrechtstr. 14a: Diskussionsabend.

Tempelhof. Zahlabend in allen Bezirkslokalen.

Johannisthal. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Baldkater, Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Thema: Politische Tagesfragen. Referent: Genosse Cohen-Reuß.

Morgen, 21. April:

15. Abt. 7½ Uhr bei Grothe, Blumenstr. 88, Sitzung sämtlicher Funktionäre und politischer Betriebsvertrauensleute. Pünktliches Erscheinen aller ist erforderlich.

16. Abt. Die Funktionärsitzung findet nicht Mittwoch, sondern am Freitag, abends 7 Uhr, bei Schucker, Rüdersdorfer Str. 8, statt. Die Vorstandsmitglieder der 15. bis 18. Abteilung sind hierzu eingeladen.

39. Abt. 7 Uhr außerordentliche Funktionärkonferenz der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute im Parteilokal, Berger, Lewetzowstr. 21.

Achtung, Verwaltungsbeamte! 7 Uhr in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, Versammlung sämtlicher Verwaltungsbeamten und Angestellten. Thema: „Die Besoldungs-Reform".

Neukölln. 7 Uhr Versammlung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der 7. Abt. bei Riekisch, Fiebenstr. 40.

Potsdam: 8 Uhr bei Becker, Lindenstr. 20, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Frauenabende, morgen 21. April:

Lichterfelde: im Realgymnasium, Ringstraße. Ref. Genosse Meiße. — **Niederschönhausen:** im Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Eichenstraße, 7½ Uhr. Ref.: Genossin Riesel. — **Lichtenberg.** 7½ Uhr Versammlung in der Aula der Schule Marktstr. 10/11. Tagesordnung: Die Reichstagswahlen und die Frauen. Ref. Genossin Juchacz. — **Schöneberg.** 7½ Uhr in den neuen Rathaussälen, Martin-Luther-Str. 69, kleiner Saal: außerordentliche Frauenversammlung. Tagesordnung: 1. Die Frau und die Reichstagswahlen. Ref. Stadtverordnetenvorsteher Genosse Cheminski.

Jugendveranstaltungen.

Bernau. Heute: Lokal A. Temmler, Wallstr. 2: Leseabend. — **Mahlsdorf.** Heute: Jugendheim, Waldersee straße: Das Erfurter Programm. — **Moabit.** Heute: Jugendheim, Gemeindeschule, Turmstr. 75: Leseabend. — **Niederschönweide.** Heute: Gemeindeschule, Berliner Straße 81: Vortrag. — **Nordost.** Heute: Jugendheim, Christburger Straße 14: Vortrag: „Hat uns die Revolution alles gebracht?" — **Pankow.** Heute: Jugendheim, Knabenmittelschule Wollankstr. 131: Diskussionsabend. — **Reinickendorf-Ost.** Heute: Jugendheim Rasch, Raschdorfstraße 24: Mitgliederversammlung. Neuwahl der Leitung. — **Spandau.** Heute: Jugendheim, Oberlyzeum, Askanierring: Generalversammlung. — **Staaken.** Heute: Jugendheim, Gartenstadtschule: Vortrag. — **Tegel.** Heute: Jugendheim, Bahnhofstr. 15: Lyrischer Vortrag: „Heine". — **Treptow-Baumschulenweg.** Heute: Jugendheim, Elsenstr. 8: Vortrag. — **Weißensee.** Heute: Jugendheim, Berliner Promenade 1: Diskussionsabend. — Sämtliche Veranstaltungen beginnen pünktlich ½8 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie. (Gruppe Neukölln) Mitgliederversammlung Mittwoch, 21. April, ½8 Uhr, bei Balewski, Boddin-, Ecke Jahnstraße. Tagesordnung: Ein Vergessener: Peter Hille. Vortrag des Gen. Seehof. — Bericht über den Sozialistentag. — Zur Lage. — Verschiedenes.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Ortsgruppe Neukölln. Außerordentliche Generalversammlung Mittwoch, 7 Uhr, Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 210. — **Bezirk 4 (Süden).** Mittwoch, den 21. April, Zahlabend. Vortrag des Kam. Rudolph: „Was muß der Reichsbund zur Bekämpfung der Tuberkulose tun?"

Sport.

Grunewald-Nachklänge.

5516275 Mark wurden am gestrigen Grunewald-Renntag am Totalisator umgesetzt. — Leutnant Schmidt wurde auf zwei Wochen die Reitlizenz entzogen, weil er sich am Sonntag im Grunewald mit Charleys Cousin im Heerstraße-Jagdrennen verritt und dennoch das Rennen bis zu Ende mitmachte. — Leuchte, eine vierjährige Fels-Tochter a. d. Letizia, die im Elbe-Hürden-Rennen im Grunewald stürzte, brach sich die rechte Schulter, so daß sie erschossen werden mußte.

Aus aller Welt.

Schlimmer als in der Kaserne haben nach einer Eingabe an die Landesversammlung deutsche Soldaten während des Krieges in dem Hotel des Herrn Prager in Norderney gehaust. Sie haben das Haus vollständig verwüstet und demoliert.

400 Bolschewisten osteuropäischer Herkunft sollen wieder aus Nordamerika fortgebracht werden, und zwar auf Lebensmittelschiffen.

Hölz, der wohl von den Marienbader Kurprotzen Kontributionen erhofft hatte und statt dessen die „Grüne Minna" nach Eger bereitfand, soll dort in den Hungerstreik getreten sein. Wenn jetzt bloß die Rote Garde nicht der Tschechoslowakei den Krieg erklärt!

Ein neuer Staat. Die mexikanische Republik Sonora hat sich selbständig gemacht und führt bereits Krieg mit dem Mutter- (oder Rabenvater)-Lande. Mexiko hat von Nordamerika die Erlaubnis zu einem Truppendurchmarsch durch Arizona erbeten, um Sonora in die Flanke zu fallen.

Platindiebstahl. In der Metallweberei Rabozzi u. May in Frankfurt a. M. wurden in der vergangenen Nacht Platindrähte im Werte von 1 800 000 M. gestohlen. Die Drähte, insgesamt 6 Kilogramm schwer, waren zur Herstellung von Sieben für die Höchster Farbwerke bestimmt. Neben dem Sachwert ist der Schaden, den die Volkswirtschaft durch den Diebstahl erleidet, unübersehbar, da die Siebe zur Herstellung besonders wichtiger chemischer Erzeugnisse dienen sollten.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

B. 42. Rein. — **A. B. 69.** 2 u. H. — **M. 60.** Die Erben ihres Bruders haften weiter für den Unterhalt, sie können aber das Kind mit dem Betrage abfinden, der ihm als Pflichtteil gebühren würde. — **B. 21.** Wenden Sie sich an das Heeresabwicklungsamt in Berlin, Leipziger Platz 13. — **W. 89.** Das Gesetz tritt am 22. April in Kraft. Bei Streitigkeiten aus dem Gesetz können Sie den Schlichtungsausschuß anrufen. Wenden Sie sich auch an die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in Berlin, Poststr. 5. — **M. W. U. 8285.** Das Attest genügt. Die Bewilligung wird vom Justizminister erteilt, an den Sie sich zunächst wenden müssen. — **K. St. 88.** Der Kommunalverband ist berechtigt, die frühere Aufhebung der Fürsorgeerziehung anzuordnen. Wenden Sie sich mit einem Gesuch an die Waisendeputation des Magistrats. — **G. L. 70.** 1. Ja. 2. u. 3. Rein. — **T. 49.** Fragen Sie beim Genossen Dittmer, Berlin, Wusterhausener Straße 15, an. — **Sch. 1213.** Mit der allgemeinen Wehrpflicht ist auch der einjährig-freiwillige Militärdienst abgeschafft. Damit erübrigt sich wohl die Beantwortung der anderen Fragen. — **O. Sch. 23.** Zu wenden an die Reichsstelle für Schuhversorgung, Berlin, Kronenstr. 50/52. — **M. G. 222.** Eine solche Firma ist uns nicht bekannt. — **G. K. 21.** Fragen Sie bei der Redaktion „Der Gastwirtsgehilfe", Berlin N 24, Elsasser Straße 86/88 an. — **B. K. 76.** Ja. — **G. F. 40.** 1. und 2. Ja. 3. Rein.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Die Frau ohne Schatten
Anfang 5 Uhr.

Schauspielhaus.
Zum 300. Male:
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7½ U.: Dame Kobold.
Mittwoch 7 Uhr, zum 1. Male: Himmel und Hölle.
Kammerspiele.
7½ Uhr: Stella.
Mtw. 7½: D. deutsch. Kleinstadt.
Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7: Der weiße Heiland (5.A., 3 A.)
Mittwoch 7 Uhr: Der weiße Heiland (6. Abt., 3 A.)

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
7.15 Uhr: König Nicolo.
Mittwoch: König Nicolo.
Donstg.: Schloß Wetterstein
Freitag: „Sie".

Komödienhaus
½8 Uhr: Der Herr Minister (Max Pallenberg)

Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte Walzer.
Fritzi Massary, Otto Storm, Hans Wassmann usw.

Central-Theater
7½ U.: Fräulein Puck.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Cavalleria rusticana. Schwätzerin von Saragossa.
Die Tribüne
7¼ U.: Franziska.
Eden-Theater.
7½ U.: Die Dollarprinzessin
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Evchen Humbrecht
Kleines Theater.
7½ Uhr: „1913"
mit Albert Bassermann.
Kl. Schauspielhaus.
7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Komische Oper
7½ Uhr: Wenn Frauen träumen
Lustspielhaus
Arnold Rieck in
7¼ Uhr: Zwangseinquartierung.

Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill.
Neues Operettenhaus
Mia Werber als Gast in
7½ U.: Die kleine Hoheit.
Neues Volkstheater
7½ Uhr, zum 1. Male:
Die Brüder Karamasow.
Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: Die Rabensteinerin.
Thalia-Theater
7¼ Uhr: Amor auf Reisen
Th. am Nollendorfplatz
7¼ Uhr:
Der Liebesgeiger
Theater des Westens
7½ U.: Die Frau im Hermelin
Wallner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Walhalla-Theater.
7½ Uhr: Der Rastelbinder

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich ½8 Uhr:
Myrrha
Sonntag 4 (kleine Preise): Herrschaftl. Diener ges.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich ½8 Uhr:
Die Raschhoffs
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.:
Der neue Possenschlager:
Ein alter Sünder
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Alex Stamer, sächs. Komiker.
Sonntag 3½: Onkel Moritz.

APOLLO
7½ Theater 7½
Direkt. James Klein
Das Welt-Rätsel
Afra
Die einz. Gedankenleserin der Welt.
Vorsicht bei Gesprächen
Telephonfreuden mit
Valy Arnheim
Marga Lindt
4 Arkonis
Sensations-Akrobat.
und weitere April-Varieté-Sensation.
Sonntag 3½ Uhr
1 Erwachs. 1 Kind frei

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: Paul Lange und Tora Parsberg.

Lessing-Theater.
7½ Uhr: Pygmalion.
Mittwoch 7½: Pygmalion.
Donnerstag 7: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr: Menagerie
(Adalbert, Götz, Hanck.)

Folies Caprice
Eck. Friedrich- u. Linienstraße
Täglich 7½:
Die abgetretene Frau
Zwangseinquartierung.
Oh dieser Nowack!
mit Ferdinand Grünecker in den Hauptrollen.

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus,
Karlstr. - Schiffbauerdamm
Telephon: Norden 8643.
Wiederauftreten
Paul Graetz
Oscar Sabo
Anita Berber
Mady Christians
H. v. Wolzogen
Kurt Wolowski u. a.
Musik. Leit.: Friedr. Holländer.
Beginn 8½. Konzertbeg. 7½ U.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman
2 Uraufführungen 2
Richtet nicht..
Filmschauspiel in 4 Akten
Hauptrolle:
Margarete Kleinhuby
vom Münchener Nationaltheater.
Nacht-bekanntschaft.
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Albert Paulig.

Winter-Garten
Täglich 7.30 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

METROPOL KABARETT
Behrenstr. 53-54
Allabendlich 7 Uhr:
3 Schwestern Lück
Lieselotte
Tom Jersey
Trude u. Ilse
Annie Wilkens
Schulhoff
Walter Steiner
„Der zerbrochene Spiegel"
(Gebr. Schwarz)
Paul Steinitz
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Heutschel.

Circus Busch
Tgl. 7½. Stg. 3½ u. 7½ U.
Das gr. Circus-Progr.!
und die erfolgreiche Pantomime
„Der Wilddieb"
m. d. Wunderfontäne.

Reichshall.-Theater
Allab. 7½ u. Sonntags nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise

BIL
Potsdamer Str. 38
Die Spieler.
Nach dem bekannten Ullstein-Roman.
Turmstr. 12
Die Herrin d. Welt
8. Teil.
Alexanderplatz-Passage
Eva May:
Eine Frauenbeichte.
Friedenau, Rheinstr. 14
Graf Sylvains Rache
mit Asta Nielsen.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Das Lied der Liebe.

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe.
Morg. Flirt in St. Moritz
7½

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr:
Elite-Sänger.
Horst, Ruselli, R. Schrader, Seidel, Schubert, Riess, Rathke, B. Walden, Eugen Beckers a. Gast
Sonnt. nchm. 3 U. ermäßigte Preise.
:: Blüthgen-Konzert ::
Beginn 7.10 Uhr.
Vorverk. 11—1½ u. 4—6 Uhr.

ufa THEATER
U.T Kurfürstendamm 26
Patience
Schauspiel in 6 Akten
In den Hauptrollen:
Irmgard Bern / Adele Sandrock / Conrad Veidt / Wilhelm Diegelmann / Felix Basch

Mozartsaal am Nollendorfplatz
Die Abenteuer der Marquise von Königsmark
(Aus dem Leben einer Geheimagentin)
6 Akte mit
Dagny Servaes / Violetta Napierska
Heinrich Schroth / Albert Patry

Leo, der Entführer
Schwank von Oskar Blumenthal mit
Leo Peukert

Kammerlichtspiele am Potsdamer Platz
Kohlhiesel's Töchter
Lustspiel mit
Henny Porten
Emil Jannings
Regie: Ernst Lubitsch

U.T Nollendorfplatz 4
U.T Friedrichstrasse 180
U.T Alexanderplatz
U.T Weinbergsweg 16
Indische Rache
5 abenteuerliche Akte von
R. Liebmann u. Georg Jacoby
mit
Edith Meller / Harry Liedtke
Georg Alexander / Josef Peterhanns
Regie: Georg Jacoby

U.T Schöneberg, Hauptstr.
Gefesselte Menschen
Drama in 6 Akten
Hauptdarsteller:
Damen: Dorsch, Konstantin, Grüning
Herren: Kaiser-Titz, Hartmann, Diegelmann

U.T Hasenheide 23
Die Rose des Ostens
Ein Liebesroman in 5 Kapiteln
In der Hauptrolle: Lilly Marischka

Romeo und Julia im Schnee
Lustspiel von Hanns Kräly und Ernst Lubitsch mit
Lotte Neumann
Regie: Ernst Lubitsch

Wochentags ab 7 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr

UFA-PALAST AM ZOO
Heute 6¾ Uhr
URAUFFÜHRUNG
des grossen Maxim-Films
Die Brüder Karamasoff
nach dem gleichnamigen Roman von
Dostojewski
Regie: Carl Froelich
HAUPTDARSTELLER:
Hanna Ralph / Irmgard Bern
Alina Griffycz-Milewska
Emil Jannings
Werner Krauß / Fritz Kortner
Herm. Thimig / Bernh. Götzke

2te Vorstellung ¾9 Uhr
Vorverkauf: 11 bis 1 Uhr
Ehren- u. Freikarten ungültig!

ZUR AUFKLÄRUNG FÜR ZIGARETTENRAUCHER!

Zur Herstellung von Zigaretten, die Anspruch erheben auf feines Aroma und milden Geschmack haben sich bis heute nur orientalische Zigarettentabake als geeignet erwiesen.–

Als Hersteller bekannter Qualitäts-Zigaretten verwenden wir auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen nur garantiert rein orientalische Zigarettentabake.–

Unsere sämtlichen Marken sind daher völlig frei von dunklem Zigarrentabak und zeichnen sich durch vorzügliches Aroma und angenehmen milden Geschmack aus

Stuttgart, März 1920.

Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft.

A. KUSCHE

UFA Lichtspiele Tauentzienpalast
3. Woche!
Die Tänzerin Barberina
nach dem gleichnamigen Roman von
Adolf Paul
Für den Film in 7 Abteilungen vom Verfasser bearbeitet
Titelrolle: Lyda Salmonowa
Wochentags: 7 und 8¼ Uhr / Sonntags: 4 Uhr
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Das Kampforgan der Avantgarde des revolutionären und internationalen Geistes.
Soeben erscheint: **DAS FORUM** 4. Jahrgang Heft 6
HERAUSGEBER: WILHELM HERZOG
Wilhelm Herzog: Was liefern wir aus? Wahrheit über Sowjetrußland!
Lenin: Die kommunistischen Samstage
A. Lunatscharski: Die Volksbildung in Sowjetrußland
Goode: Die Transport- und Ernährungsfrage in Sowjetrußland
Arthur Ransome: Das Komitee des staatlichen Bauamtes
Douglas Goldring: Briefe aus der Verbannung
Wilhelm Herzog: Dem toten Kameraden Ludwig Rubiner
Das Heft 4 M. Vierteljährl. 10 M. Monatl. 1 Heft
Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung
Gustav Kiepenheuer Verlag Potsdam

Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1052
Käte Blank
Eugen Hack
Cilli Pronto
Heinz Hertwig
Pip u. Edita
Henry Wolff
Liesel Eve
Paul Rückmann
Kätchen Esten
2 Pohleys
Adi Liebans
Meisterquartett
Adolf Liehan
ff. Weine, ff. Küche
Mocca, Tee, Schokolade
Anfang 7 Uhr

Kupfer Messing Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-Silberabfälle
Zahngebisse
kauft zu riesig hohen Preisen
in unseren 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 229 nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72 am Baltenplatz

Kupfer — Messing Quecksilber-Blei-Zink
zum höchsten Tagespreis
Schulzendorfer Str. 2

I. Etage — I. Etage
Kaufe
Platin
M. 115,- per Gramm
und
Juwelen
zu höchsten Tagespreisen
Friedrichstr. 168
nur 1. Etage
I. Etage — I. Etage

Alte Gebisse
auch einzelne Zähne zu höchsten Tagespreisen.
Platin-Brennstifte usw.
zahle die höchsten Preise.
Zahntechn. Laboratorium Rosenzweig
Oranienburger Str. 38, hochp.
zw. Artillerie- u. Friedrichstr. — Einkauf von 9—6 Uhr.

Zähne v. 4 M. an Teilzahlung. Kronen 18 M. Plomben 1,50. Zahnziehen mit Eisspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse. Kep. Zahnarzt Wolff sof. Potsdamer Str. 53. Hochb. Sprechz. 9-7.

Brustkranke
Wunderbar gewirkt hat bei mir Ihr Hartfleichtenmittel „Parasan". Es ist von allen Mitteln das beste, was ich seit vier Jahren angewendet habe. Bestrahlungen und alles andere haben nicht so geholfen, wie Ihr berühmtes Spezialmittel. — Derartige Anerkennungen wiederholt. Bereits tausende befreit. Mark 10,50. Otto Reichel, Berlin 43 SO, Eisenbahnstr. 4.

Schnellaufbohrer
Schmirgelleinen, Naturstahl, Fräser, Reibahlen, Gewindebohrer, neue, kauft zu allerhöchsten Tagespreisen.
Händler Extrapreise.
Henschel,
Moabit, Rostocker Str. 22

Bureauräume gesucht
Sechs bis acht Räume als Wahlbureau,
später möglichst als Buchhandlung benutzbar,
sofort gesucht.
Verkehrsreiche Gegend bevorzugt.
Kommunistische Partei Deutschlands.
Angebote: Buchhandlung K. P. D., Neukölln, Warthestr. 69.

Bad-Nauheim

Hessisches Staatsbad — Außerhalb des besetzten Gebiets und der neutralen Zone gelegen.

Am Taunus bei Frankfurt am Main — Sommer- und Winterkurbetrieb. Hervorragende Heilerfolge bei **Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- und Gelenkrheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- und Nervenleiden**

—— **Sämtliche neuzeitliche Kurmittel** ——

Vorzügliche Konzerte / Theater / Tennis / Golf / Krocket
Wurftaubenschießstand / Herrl. Park- und Waldspaziergänge

Man fordere die neueste Auskunftsschrift D 34 vom „Geschäftszimmer Kurhaus Bad-Nauheim".

Bekanntmachung.

Das neue Tabaksteuergesetz ist bekanntlich am 1. April in Kraft getreten.

Wer mit unbearbeiteten oder bearbeiteten Tabakblättern, Rippen, Stengeln und Abfällen von Tabak, mit Tabak-Halb- und Ganzerzeugnissen jeder Art, tabakähnlichen Waren oder Zigarettenpapier Handel treibt oder tabaksteuerpflichtige Erzeugnisse (Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- oder Schnupftabak) gewerbemäßig herstellt oder verkaufsfertig zurichtet, muß dies dem nächsten Zollamt seines Bezirks schriftlich anmelden und zugleich eine Beschreibung der Betriebs- und Lagerräume sowie der damit verbundenen oder unmittelbar angrenzenden Gewerberäume vorlegen.

Befinden sich Gewerberäume an verschiedenen Orten, so ist für jeden Ort eine besondere Anmeldung einzureichen.

Außerdem sind alle am 1. April im Besitz oder Gewahrsam von Tabakverarbeitern, Groß- und Kleinhändlern befindlichen tabaksteuerpflichtigen Erzeugnisse, die sich außerhalb der Räume des Herstellungsbetriebs, eines Steuerlagers oder einer Zollniederlage befinden, baldigst zur Nachsteuer anzumelden.

Die Frist für die Anmeldungen wird bis zum **24. April** verlängert.

Die Tabaksteuer wie die Nachsteuer werden zunächst zu sehr ermäßigten Sätzen (für Zigarren nur zu einem Viertel, für die fünf höchsten Preislagen der Zigaretten nur zur Hälfte, jedoch nicht unter 87 M., für Feinschnitt-Rauchtabak der beiden höchsten Stufen zu vier Fünftel, jedoch nicht unter 32 M. und für die übrigen Tabakwaren zur Hälfte) erhoben. Diese Ermäßigungen gelten nach einer soeben erlassenen Verordnung des Reichsfinanzministers bis Ende September. Bei Festsetzung der Tabaknachsteuer werden außerdem noch alle nach den bisherigen Vorschriften entrichteten Abgaben (Zoll, Wertzoll, Zigarettensteuer, Kriegsaufschlag) angerechnet.

Nähere Auskunft erteilen in Groß-Berlin die Hauptzollämter Berlin-Mitte, C 2, Kl. Präsidentenstr. 7; Charlottenburg, Berliner Str. 47; Neukölln, Schönstedtstr. 7 und Pankow, Görschstr. 45. 5329

Oberzolldirektion.

Wir liefern ab unserer Fabrik direkt an Private
zu soliden Preisen

MÖBEL

in Eiche, Nussbaum, Birke, Kirschbaum, Mahagoni.
Moderne Stilarten vom Einfachen bis zum Auseriesensten
Schlafzimmer • Speisezimmer
Herrenzimmer • Wohnzimmer
Küchen und Einzelmöbel
Erstklassige Ausführung und Lieferung durch ganz Deutschland
Möbel-Groß-Lager Berl. Tischler- u. Tapeziererinstr.

Albert Gleiser
Berlin C 33
Alexanderplatz, Alexanderstraße 42

PLATIN
stets zu **höchsten** Tagespreisen.
Gold, Silber in Bruch in Barren
Brennspitzen, Platinkontakte, Zahngebisse, Quecksilber
kauft höchstzahlend
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 29, 1 rechts.
Telephon Moritzplatz 4502.

Freitag, 30. April 1920,
10 Uhr vormittags,
werden wir auf unserem Hof:
Berlin N, Wattstr. 22-24
etwa **30—40 Pferde**
und **Maultiere,** sowie
1e Stute mit kräftigem Fohlen
öffentlich meistbietend versteigern lassen. 188/6*
Gemeinnützige Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft
Berlin W 8, Krausenstr. 10.

Trotz des großen Preissturzes
zahle ich noch immer für
Kupfer 10,— Messing 6,—
Rotguß 7,— Blei . . . 3,—
Aluminium 10,— Nickel 18,—
sowie Zinn und Quecksilber die höchsten Konkurrenzpreise **Oderberger Str. 1.**

Die Zahn-Einkaufsstelle Charlottenburg
Pritschestraße 46, v. II (an der Kantstraße am Bahnhof Charlottenburg)
zahlt den PLATIN-großen Preis. Teleph./Preis-Auskunft: Amt Wilhelm 1976.

Oberlandesgerichtsrat a. D., zuv. Rechtsberatung und Beistand, zu sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowstraße). Langjährige Erfahrungen. Straf-, Zivilprozesse — Ehe-, Alimenten-, Vertrauenssachen. Gesuche, Verträge. Mäßige Honorare. **Dir. Pablisch.** Tel.: Lützow 2494.

R. Welsand,
Reinickendorf-West,
Scharnweberstr. 118,
zahlt die höchsten Preise für alle Sorten Metalle und Alteisen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Ortsverwaltung Groß-Berlin.

4 Mitgliederversammlungen
am Mittwoch, den 21. April 1920, abends 6 Uhr,
in den Lokalen **Allems Festsäle, Hasenheide, Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, Zentral-Festsäle, Alte Jakobstraße 32, Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße 27c.**
Tagesordnung in allen Versammlungen: **Der Reichsmanteltarif.**
Freie Aussprache! Referenten: Die Mitglieder des Hauptvorstandes, Kollegen **Heckmann, Müntner, Schulz, Becker und Dittmer.**
—— **Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.** ——
Zahlreichen Besuch erwartet (35/18) **Die Ortsverwaltung.**

Leitfaden
zur
Beantwortung der Frage:
Wie gründe und leite ich ein Versandgeschäft?
Existenz — Nebenerwerb
Neu! mit einem wertvoll. Anhang über **zeitgemäße Nebenerwerbe.** Broschüre gegen Mk. 5.— **Neu!** durch **Verlag Stoy, Riesa III, Goethestr. 79.** 526D

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen
beseitigt man **schnell, sicher und schmerzlos** mit
KUKIROL. in vielen tausend Fällen glänzend bewährt **Preis Mk. 2.50.**
KUKIROL ist in allen besseren Drogerien erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es gibt nichts Besseres. — Hersteller: **Kurt Krisp, Magdeburg.** 87/6

Gute Antiquitäten
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstr. 18 A.

Telephon: Kurfürst 9033
Stand-Uhren
eigene Fabrikation, nur erstklassige Garantie-Werke, in jeder gewünschten Ausführung offerieren billigst
Gebr. Bölte, Glashütter Uhrmacher,
Berlin, Kochstraße 11.
Gegr. 1863 — Gegr. 1863
Telephon: Kurfürst 9033

Warnung! Bruchsilber!
Verkaufen Sie Ihr Bruch-Gold und -Silber, sowie Platin, Brillanten und Zahngebisse **nicht** — bevor Sie den richtigen Preis bei
H. Wiese, Artilleriestraße 30,
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend!

Spezial-Behandlung
u. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, nervöser Schwäche. Größte Heilerfolge! Besonders f. Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt worden sind. Blutuntersuchung, Höhensonne-Bestrahlg. Ärztl. gel. Heilanstalt **Dir. HERMANNS Elsasserstr. 42** 1, Ecke Friedrichstr. Spr.: 10—12 4—7, Sonnt. 12—1

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von **Haut-, Harn-** und **Unterleibsleiden,** ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise. Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche, **Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H. Alexanderstraße 45** (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9—7! Glänz. Erfolge! Beobachte. Tel.: Königst. 3595.

Elektro-Installations-Materialien
Leitungsdrähte, Litzen, Kabeln, Spulendrähte, Kupfer- und Messingabfälle, Eisenbleche 0,3 bis 0,6 u. 2 mm bis 5 mm, sowie jegliche Art **Winkeleisen** kauft laufend jeden Posten
Carl Peschmann Nchf.
Inh. A. Nasaroff
Bernauer Str. 101 Filiale: Brunnenstr. 36
Fernsprecher: Humboldt 1079, 2230.

Trauringe
Dukatengold 900 gest., 14 kar. Gold 585 gest., 8 kar. Gold 333 gest. von **60 M.** per Stück stets vorrätig am Lager.
Ankauf
altes Gold, Silber, Platin und Brillanten.
Minoga, Berlin O 17,
Grüner Weg 69.
Telephon: Alexander 2430.

Pflegekinder!
Durch den hiesigen Ortsarmenverband sind sof. mehrere Kinder gegen Entgelt in Pflege zu geben. 531D*
Geeignete Personen, welche zur Aufnahme der Kinder bereit sind, wollen Meldungen **sofort** unter Angabe ihrer Entschädigungsansprüche hier einreichen.
Adlershof, den 17. April 1920.
Der Gemeindevorsteher.
In Vertretung:
Schwarzlose,
Schöffe.

Zahngebisse
auch zerbrochene. 61/3
Platin
kauft zu den höchst. Tagespreisen Urban, Kottbuser Ufer 63, 10—6.

Herrenstoffe
für Händler, Schneider und Privatr. reelle Qual. in gemustert 120,— bis 210,— Mk., blau Cheviot und Kammgarn, sowie prima blaue Damenware offeriert 1238b
P. Stolzenwald, Tuchlager
Beuthstr. 15 (am Spittelmarkt).

Für Schreibmaschine
Herren und Damen mit guter Schulbildung per sofort oder später. — Offerten unter C 52 Hauptexp. „Vorwärts". 1237b

---

Autodecken
760 × 90 (28 × 3), 6 Stück Decken und Schläuche, prima Auslandsware, verkauft billig
Lüdicke, 5270
Steglitz, Albrechtstr. 83a.

Zigarren
sowie Zigaretten in den billigsten Preislagen. Äußerst günstig für Wiederverkäufer. Lagerbesuch erbeten.
W. Krüger u. Co.,
Kaiserstr. 44/45.

Schreibmaschinen!
erstklassige, kauft und verkauft. Reparat. prompt u. billig.
Telephon Norden 12495.
Leichnitz u. Lichtenberg,
Burgstraße 29.

Erstklassiges
Schweineschmalz, Kinder- u. Kokosfett,
in 5-Kilo-Paketen 188/5
liefert zu billigen Tagespreisen
J. Steinhäuser, Speyer,
Metzgerei.

Berlin kauft seit über einem halben Jahrhundert
Rauch
Bohnen-
Kaffee!
Invalidenstr. 164, Eckhaus Brunnenstraße.

Billige Zigarren
aus gewöhnlichem Preßtabak kann jed. Raucher selbst herstellen mittels des **Zistop-Apparates.**
Preis **M. 7,50** franko Nachn.
C. Hirschmann, Breslau II,
Lohestraße 19 A. 328D

Zinn bis 40,— p. Kilo, Lötzinn bis 20,— p. Kilo
kauft
Zinnschmelze Cassirer
Schulzendorfer Str. 13.
Tel.: Norden 8634, Stpl. 1102.
Ankauf nur vorm. 8½—2.

Spezialarzt
Dr. med. Koeden
für Haut-, Harn-, Frauenleid., Schwäch., Beinkrank. Behandlg. schnell, sicher u. schmerzl. ohne Berufsstörung. Blutuntersuch. Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1, 4-½7, Sonnt. 10-1.
Telzahl. Separ. Damenzim.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché [*
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Spr. 10—1. 5—8. Sonnt. 11—1.
Harn- u. Blutuntersuchung
Kostenlose Beratung.

Noch ist's Zeit!
Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Quecksilber, Naturstahl
kauft wieder
zu erhöhten Preisen **nur**
Metallschmelze
Prinzessinnenstr. 17,
neben Wertheim, Moritzpl.

Kupfer,
Messing, Zinn, Zink, Blei sowie sämtl. Alt- u. Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkaufs-Zentrale,
Kottbuser Damm 66
(Hermannplatz). Mpl. 135 80.

Grammophon-Platten pro Kilo 19 M.
sowie **Wachswalzen**
auch zerbrochene,
kauft höchstzahlend
Metallkontor
W. John, Gegr. 1903.
SW. 68, Alte Jakobstr. 138.
Tel.: Moritzplatz 1785.
Geschäftszeit 9—4 Uhr.

Kaffee
gebr. p. Pfd. M. 29,50
„ „ „ „ 31,25
„ „ „ „ 33,25
Jones & Co.
BERLIN C 2.
Neue Friedrichstr. 47.
Norden 4976.
Versand a. p. Nachnahme.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3765 und 8518.

---

der Altmetallh.
Altmetalle, Lumpen, Papier, Eisen
kauft ständig
zu höchsten Tagespreisen
H. Samuelsohn,
Berlin O 26,
Naunynstraße 38,
an der Oranienbrücke.
Moritzpl. 4500.
Mitgl. d. Vereins — Groß-Berlins

Roßschlächterei
empfiehlt sich 90/5
zur Neueinfragung.
NO., Reinersdorfer Straße 28.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn, Lagermetall usw. kauft zu unüberbietb. Tagespr. **Zuckermann, Elsasser Str. 9,** vorn II. Norden 4661. 126/3

Stellenangebote

Junger Redakteur
an Provinzparteiblatt, guter Stilist, flotter Stenograph, wünscht sich baldmöglichst zu verändern. Angebote unter **A. 52** an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Stellengesuche

Galvaniseur,
absolut selbständig, besonders im Färben vornehmer Bleiartikel, sowie **Bleischleifer,** möglichst unverheiratet, für unser Werk in Kassel zu baldigem Antritt gesucht. Offerten unter **Schuston & Alexander, Berlin-Wilmersdorf,** Westr. 30. 62/17

Offene Bürgermeisterstelle.

Infolge Weganges ihres Inhabers ist die Stelle des II. Bürgermeisters der Stadt Stettin möglichst bald neu zu besetzen. Die Stelle soll, wie bisher, mit dem umfassenden und selbständigen Dezernat der gesamten städtischen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege verbunden werden. Außer der erforderlichen Allgemeinbildung und einer in einer großen Selbstverwaltung erworbenen gediegenen verwaltungstechnischen und organisatorischen Schulung wird daher besondere praktische Erfahrung und hervorragende Bewährung auf den erwähnten Gebieten sozialer Fürsorge erfordert. Diensteinkommen des bisherigen Inhabers 18 500 M. Gehalt, 1000 M. Aufwandsentschädigung und Kriegsteuerungszulagen nach Staatssätzen. Neuregelung beabsichtigt.

Meldungen mit Lebenslauf, Nachweis der Eignung und Ausforschen bis 15. Mai an das Stadtverordnetenbureau im Rathaus.

Stettin, den 8. April 1920.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Ahrens. 188/7*

Am hiesigen Lyzeum II ist
eine Oberlehrerinstelle
zu besetzen.

Lehrbefähigung: Französisch und Deutsch. Gehalt einschl. Wohnungsgeld bis zur Neuregelung der Besoldung 2920 M., steigend nach je 3 Jahren viermal um je 400 M. und zweimal um je 300 M. bis 5120 M. Außerdem Teuerungszulagen nach den staatlichen Sätzen. Anrechnung von Dienstjahren und Gewährung von Umzugskosten nach den staatlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit vollständigem Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften sind bis zum 15. Mai 1920 an den Magistrat einzureichen.

Kiel, den 10. April 1920.

Der Magistrat. 5299

Wir suchen tüchtige und selbständige
Rundschleifer, Dreher, Fräser, Revolverdreher, Hobler u. Bohrer
für Präzisionsarbeiten mit langjährigen Erfahrungen im Werkzeugmaschinenbau. Schriftliche Bewerbungen erbeten an
J. A. Scheu G. m. b. H., Werkzeugmaschinenfabrik
Berlin NW 87, Neues Ufer 20/25. 708

AEG
Wir suchen einen tüchtigen
Typographa-Maschinensetzer
für die **A-Maschine** zu möglichst sofortigem Eintritt — Meldungen an **AEG-Fabriken Brunnenstraße,** Hausdruckerei, Berlin N 31, Brunnenstraße 107a. 62/16

Tüchtiger Glasbläser
Spezialität auf Adjaniampen, Röntgenröhren, für Göteborg (Schweden) gesucht. Schriftliche Offerten an **Erik G. Forsén, Charlottenbg.,** Kaminer Str. 8.

Mehrere tüchtige Ankerwickler
für Gleich- und Drehstrom sofort gesucht. 525D
Elektro- und Maschinenbau-Gesellschaft
Wilhelm Lüdtke u. Co.,
Stettin-Bredow, Prinzeßstr. 10a.

Suche zum sofortigen Eintritt:
1 tücht. selbständig. Former
unverheiratet, dem bei Bewährung der Meisterposten in Aussicht gestellt wird. 530B
F. E. Drescher,
Eisengießerei u. Maschinenfabr.
Wittstock (Dosse).

Lehrfräulein
oder Anfängerin für Kontor-Engrosgeschäft gesucht.
Gustav Liepmann,
Pessingstr. 24.

Tüchtige Kassiererinnen
sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags
5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Aufwärterinnen 125/16*
gutempfohlene, für Privat und Bureau
tüchtige Wasch- und Reinemachefrauen.
Arbeitsnachweis d. Stadt Berlin, Abt. I. Hausangestellte, Belle-Alliance-Pl. 3, Mpl. 1569. Vermittlg. kostenl. Geöffn. 8-7

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt **Botenfrauen** ein in den Geschäftsstellen: 146/18*
Jerusalemer Str. 5/6, Prinzenstr. 31, Bärwaldstraße 42, Lausitzer Platz 14/15, Steglitzer Str. 57, Pesersburger Platz 4, Greifenhagener Str. 22, Ackerstraße 174, Wattstr. 9, Markusstr. 36, Immanuelkirchstr. 24, Wilhelmshavener Str. 48. — Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101, Tauroggener Str. 11. — Lichtenberg, Wartenbergstraße 1, Boxhagener Str. 62. — Neukölln, Neckarstraße 2, Siegfriedstr. 28/29. — Wilmersdorf Gasteiner Str. 12. — Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 56. — Treptow, Oramenz, Kiefholzstr. 412.

Unabhängige Geständnisse.

Emil Barth schreibt Erinnerungen.

Nach einer längeren Zeit der verborgenen Stille ergreift der Revolutionsminister Emil Barth wieder das Wort. Diesmal nicht, wie einst, um Streiksüchtige zur Vernunft zu mahnen — er, der sonst so toll zu toben wußte —, sondern, um der Geschichte seine Revolutionsverdienste unverzerrt von der Parteien Haß und Gunst zu erhalten. Denn daß Emil Barth — höre es, Ledebour, und erzittere! — die Revolution gemacht hat, daran hat keiner zu zweifeln, der nicht in Grund und Boden geschmettert sein will.

Aber der wilde Emil erzählt noch viel interessantere Dinge

Der arme Karl Liebknecht kommt recht schlecht weg. Barth erzählt, daß Liebknecht von den 18 000—20 000 Menschen, die ihn vor dem Anhalter Bahnhof bejubelten, als er aus dem Zuchthaus kam, ganz berauscht meinte, solch eine Menschenmenge hätte Berlin noch nicht gesehen. . . . Dann forderte er unausgesetzt Straßendemonstrationen, bei denen voraussichtlich Blut fließen würde. Blutvergießen würde Proteststreik auslösen, daraus würde revolutionärer Straßenkampf entstehen, Auflösung des Heeres und zuletzt Revolution. Am Mittwoch, den 30. Oktober, verlangte Liebknecht in der Zentralvorstandssitzung wieder seine bewaffnete Demonstration. Nach der Sitzung ging Barth auf Liebknecht zu und sagte ihm: „Sie wissen, daß ich diese Demonstration für ein Verbrechen halte. Sollte sie aber beschlossen werden, so bringe ich **vier Brownings** mit, für Sie, Maier, Dunker und mich. Wir stellen uns an die Spitze des Zuges." „Aber, Genosse Barth," rief Liebknecht, „Sie sind ja **wahnsinnig.**" „Nein, nur konsequent. Wir gehen an der Spitze und wenn wir an die Schutzmannskette kommen, dann eins, zwei, drei piffpaff." „Aber, Genosse Barth. Sie sind ja **völlig wahnsinnig,**" sagte er nur schneebleich. Von dieser Stunde ab war Barth bei Liebknecht der bestgehaßte Mensch, den er mit allen Mitteln bekämpfte. . .

Am 31. Oktober fand zu Ehren Liebknechts ein Empfangsabend in der russischen Botschaft statt. Barth machte dabei die Erfahrung, daß nicht nur in Byzanz und im Abglanz der Cäsaren Byzantiner zu finden sind. „Das **gegenseitige Beweihräuchern und Anhimmeln war geradezu widerlich.**"

Nach Schilderung der geheimen Vorbereitungen zur Revolution berichtet Barth über den 9. November 1918, wie er ganz allein im „Hauptquartier" saß, während sich in der Stadt schon alles fast von selbst machte. Um ¾12 Uhr kam Richard Müller. Er sagte: „Jetzt gehe ich erst etwas essen und dann will ich mal ein bißchen Revolution ansehen" Um ½12 Uhr kam Dittmann-Hamburg und erklärte, es seien schon Verhandlungen mit Scheidemann und Ebert wegen Uebernahme der Regierung im Gange. Barth fuhr sofort nach dem Reichstag, wo im Zimmer 18 die „Leuchten" der U. S. P. beisammensaßen, unbeholfen, wie eine vom Marder umkreiste Hühnerschar. Alles schrie nach Haase (der in Kiel war). Inzwischen waren die „Demagogen" von den Sozialdemokraten in den Kasernen und hielten Soldatenversammlungen ab. Die unabhängigen Führer aber saßen beisammen, lösten Welträtsel oder hielten Reden an die sicheren Arbeiter statt an die Soldaten.

Wie der radikale Arbeiter Barth über die Kommunisten denkt, mögen schließlich folgende Zitate aus seiner Schrift zeigen:

„Diese ungarische Räterepublik, dieses widerspruchsvolle und widersinnige Gebilde, das den denkbar schrecklichsten Todeskeim bei seiner Geburt in sich trug, war einer der schwersten Schläge für die Weltrevolution. Sie war das **frevelhafteste Spiel** mit dem erhabensten Menschheitsgedanken"

„In der Zwischenzeit hatte der frevelnde **Uebermut und die gewissenlose Leichtfertigkeit** der Kommunisten **den Feinden des Proletariats** noch zu einigen anderen **billigen Triumphen** verholfen und diesem selbst vernichtende Niederlagen beigebracht. Wenn auch die Niederlage im Ruhrrevier schwer war, so wurde die Niederlage der Münchener Räterepublik beinahe katastrophal."

Zum Schluß des Buches, das natürlich auch mit wütenden Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, besonders gegen den Genossen Landsberg gespickt ist, kommt Barth auf seine berühmte Unterredung mit Pabst und v. Oven zu sprechen, die zu seiner Kaltstellung in der U. S. P. den vielen seiner Genossen längst erwünschten Anlaß gab. Nach seiner Darstellung war diese Unterredung notwendig, um Deutschland vor einem neuen Krieg und die U. S. P. vor der Vernichtung durch die Militärpartei zu retten. Das sei ihm — er ist doch ein Kerl, dieser Emil Barth! — auch gelungen. „Ich rechne es mir," schrieb er, „als eine der größten Taten an, daß durch meine Einwirkung der Krieg nicht neu entflammte usw." Er schließt dann:

> Meine mir vorläufig gestellte Aufgabe war hiermit gelöst. Ich zog mich völlig vom politischen Leben zurück, und ich werde in dieser Zurückgezogenheit auch verbleiben, bis ich von meinem Wort entbunden bin und wieder geholt werde. Ich habe mich nie jemand aufgedrängt und werde dies auch in Zukunft nicht tun.

Inzwischen ist Emil Barth neulich in der Delegiertenversammlung der U. S. P. in Groß-Berlin wieder aufgetaucht. Ist er von seinem Wort entbunden, ist er geholt worden? Dann kann man sich über Geschmack und Geistesrichtung derer, die ihn geholt haben, nur wundern. Denn der Fall Barth ist nur ein Beispiel dafür, welche fragwürdigen Gestalten sich in einer Zeit wilder Gärung aus der Masse herauszuheben vermögen. Es war ein Zeichen der Verirrung in der U. S. P., daß sie diesen Mann an die vorderste Stelle schob und ihn zeitweilig zu einem Mitregenten Deutschlands machte. Der Fall Barth ist kein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte und in der Geschichte der Revolution!

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Rußland.

Unterzeichnung des Vertrages durch den Sowjetvertreter.

Die seit Wochen zwischen der Reichsregierung und dem Vertreter Sowjetrußlands, Wigdor Kopp, schwebenden Verhandlungen über die gegenseitige Heimbeförderung der Kriegsgefangenen beider Länder sind am Montagnachmittag zum Abschluß gebracht worden. Das Abkommen ist für die Reichsregierung von Staatskommissar Stücklen, für Rußland von Herrn Kopp unterzeichnet worden.

Nach dem Vertrag beginnt die Auslieferung der Kriegsgefangenen aus Rußland und Deutschland unmittelbar nach der Ratifizierung des Abkommens durch beide Regierungen. Herr Kopp hat noch gestern funkentelegraphisch um die Ratifizierung ersucht. In dem Vertrag heißt es ausdrücklich, daß nur diejenigen Kriegsgefangenen aus Deutschland und Rußland abtransportiert werden, die eine Rückkehr in die Heimat wünschen. Eine zwangsweise Zurückführung ist nicht beabsichtigt. Entsprechend Zeit und Gelegenheit soll die Rückkehr auf dem Land- oder Seewege vollzogen werden. Die Verhandlungen über den Transport der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die Randstaaten, wie Polen, Estland, Livland, regelt das Rote Kreuz in Genf, das zu diesem Zweck sofort Verhandlungen mit den in Frage kommenden Regierungen aufnimmt, das außerdem die Verpflegung und Ueberwachung der Transporte auf fremdstaatlichem Gebiet übernimmt. In Deutschland befinden sich gegenwärtig noch 190 000 russische Kriegsgefangene, während in Sowjetrußland rund 20 000 gefangene Deutsche sich befinden.

Sicherheitswehr und Putschgefahr.

Aeußerungen Severings.

Minister Severing sagte einem Mitarbeiter der P. P. N.: Die Entente hat darauf bestanden, daß bis zum 19. April eine erhebliche Verminderung der Truppen im Ruhrgebiet herbeigeführt wurde. Dieser Forderung ist dadurch Rechnung getragen worden, daß eine größere Anzahl der Mannschaften und Batterien aus der neutralen Zone herausgezogen wurde.

Die im Bielefelder Abkommen erwähnten Ortswehren waren seinerzeit als ein Nothehelf gedacht, der verhüten sollte, daß besonders bedrohte Städte und Ortschaften ohne Schutz blieben. Nach den Kundgebungen der Entente unterliegt es keinem Zweifel, daß die Ortswehren den Einwohnerwehren gleich zu achten sind. Eine Aufstellung der Ortswehren in diesem Augenblick vorzunehmen, halte ich deswegen für unzweckmäßig und im Hinblick auf die außenpolitische Situation für bedenklich. Die Ortswehren würden als Dauereinrichtung im Industriebezirk ihrer Aufgabe auch kaum gerecht werden können. Ich halte es deswegen nach wie vor als das zweckmäßigste, wenn möglichst bald eine Vermehrung der Sicherheitspolizei erfolgt. Gleichzeitig mit der Vermehrung muß eine wirklich **demokratische Reorganisation** der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Die ersten Schritte dazu sind getan. Die kompromittierten Führer werden unnachsichtlich entfernt; tüchtige Beamte im Unteroffiziersrang werden befördert. Den Abteilungsstellen werden Zivilkommissare beigegeben, die eine Verbindung zwischen der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, und der Polizeitruppe herstellen sollen.

Ich halte die Gerüchte von neuen Putschen für mindestens übertrieben. Sie entspringen zu einem Teile der übergroßen Nervosität der Bevölkerung. Wir kommen erst zu einer dauernden Beruhigung, wenn dem Grundsatz Geltung verschafft wird, daß nur diejenigen Waffen tragen, die von Amts wegen dazu berufen sind.

Die Waffenablieferung im Ruhrrevier sei bis jetzt sehr unbefriedigend. Tausende von Gewehren sind unbrauchbar gemacht worden und andere große Mengen mußten im besetzten Gebiet den Engländern verabfolgt werden. Die größte Sorge bereitet den Behörden im Augenblick die Behandlung der **flüchtigen** Arbeitermassen. Der Rücktransport ist nicht ganz leicht zu bewerkstelligen, weil viele Flüchtlinge die Angabe ihrer Personalien verweigern. Immerhin sind auch in der Frage des Rücktransports der Flüchtlinge einige Ansätze zum Besseren zu verzeichnen.

*

Der Wirtschaftsverband der Beamten der Sicherheitspolizei, Ortsgruppe Berlin, hat an alle in Frage kommenden Behörden und Dienststellen folgende Entschließung gerichtet:

„Es geht nicht an, daß Beamte im Dienst der Republik sind, die nicht nur in ihrer Gesinnung, sondern vor allem ihrer Handlungen wegen in starkem **Widerspruch gegen die Verfassung** stehen. Durch ihre weitere Anwesenheit im Dienste gefährden sie nicht nur die Ruhe und die Disziplin der Beamten, sondern sie bilden eine **ernste Gefahr** für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Staate. Die Erregung ist so weit gediehen, daß ein großer Teil der Beamten aller Dienstgrade sich mit dem Gedanken trägt, den Dienst in der Sicherheitspolizei **aufzugeben,** denn unter diesen Umständen ist ihnen ihr Leben und die Gesundheit zu schade, um es **gesinnungslosen Elementen** gegenüber aufs Spiel zu setzen.

Die **Befehle** der höheren Dienststellen werden **nicht** so ausgeführt, wie es sein soll. Dies beweisen die vielen Beschwerden Entlassener, die trotz des Befehls keine Wohnung und keine Verpflegung in den Kasernen erhalten.

Stark kompromittierte Persönlichkeiten nehmen immer noch die höchsten Führerstellen ein und die Sicherheitspolizei ist immer noch nicht das zuverlässige Instrument der Regierung.

Es erscheint unbedingt erforderlich: 1. daß die stark kompromittierten Führer sofort beurlaubt werden, 2. daß die Wahl zur Einberufung der **Untersuchungskommission** umgehend erfolgt."

Der eingekapselte Reichswehrminister.

Folgende Verfügung gelangt zu unserer Kenntnis:

Berlin, den 9. April 1920.

Den Aemtern und Abteilungen wird es untersagt, Vorträge beim Herrn Minister (Reichswehrminister. Red.) **ohne vorherige Mitteilung anzumelden oder zu halten.**

Vorträge finden zunächst bei mir statt und ich werde das weitere entscheiden. Ausgenommen von diesem Verbot ist nur T. I.

v. Seeckt.

An alle Stellen des Reichswehrministeriums.

Ist diese Verfügung mit Zustimmung und Wissen des Herrn Reichswehrministers ergangen?

Die Militärgerichte.

Ausschußberatung über ihre Beseitigung.

Der zuständige Ausschuß der Nationalversammlung hat einen Antrag, das ganze Gesetz bis zu ruhigeren Zeiten zurückzustellen, abgelehnt, da in der Bevölkerung das Mißtrauen gegen die Militärgerichtsbarkeit außerordentlich groß sei. Beantragt wird ferner, den § 6 zu streichen, wonach in Militärstrafsachen Anzeigen strafbarer Handlungen und Anträge auf Strafverfolgung auch bei den Disziplinarvorgesetzten des Beschuldigten mündlich oder schriftlich angebracht werden können, und wonach von Soldaten diese Anträge nur bei dem betreffenden Vorgesetzten unmittelbar oder auf dem für Beschwerden vorgeschriebenen Dienstwege angebracht werden sollen. Zu § 7, wonach die Entscheidung, ob eine militärische Straftat disziplinarisch zu ahnden ist, dem militärischen Disziplinarvorgesetzten zusteht, wurde beantragt, die Entscheidung dem Gericht und nicht dem Disziplinarvorgesetzten zu überlassen. Die Abstimmung wurde zurückgestellt.

Disziplinar-Amnestie.

Der Hauptausschuß der Nationalversammlung beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung im Disziplinarverfahren. Die Schaffung von Beamtenvertretungen im Verordnungswege ist in Aussicht genommen. Angenommen wurde ein Antrag Delius (Dem.), wonach die Niederschlagung auch dann stattfindet, wenn die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß die endgültige Entscheidung auf Dienstentlassung lauten werde, das Dienstvergehen aber bei Berücksichtigung aller Umstände des Falles, insbesondere wenn es sich um eine einmalige Verfehlung handelt, eine mildere Beurteilung zuläßt. — Aus den Personalbogen sind die Vermerke über Strafen und Versehen vollständig zu entfernen. Auskunft über die gelöschten Vermerke darf nur insoweit erteilt werden, als hierzu eine gesetzliche Verpflichtung vorliegt. Im übrigen wurde die Regierung ersucht, zu erwägen, ob in Fällen, wo gewisse Milderungsgründe vorliegen, während des Krieges entlassene Beamte wieder einzustellen sind.

Aufhebung der Portofreiheit.

Der Hauptausschuß der Nationalversammlung beriet den Gesetzentwurf über Aufhebung der Gebührenfreiheiten im Post- und Telegraphenverkehr. Die Portokosten der regierenden Fürsten, die bekanntlich Portofreiheit genossen, waren nach Auskunft der Regierung verhältnismäßig gering. Der wesentlichste Anteil an der Portofreiheit fällt den Behörden zu. Demnach werden künftig in Fortfall kommen etwa 40 Millionen Mark Postforderungen für den Reichsdienst, 2 bis 3 Millionen Mark Telegraphenkosten und etwa 12 Millionen bei den Landesbehörden. — Bei Eignung der betreffenden Persönlichkeiten können Sekretäre ohne besondere Prüfung innerhalb von drei Jahren zu Obersekretären befördert werden.

Die Einwohnerwehren.

Deutsche Bitte um ihre Erhaltung.

In Sachen der Einwohnerwehrfrage hat die deutsche Regierung an den Vorsitzenden des Interalliierten Uebertwachungsausschusses für das Landheer, General Nollet, eine Note gerichtet, in der sie zur Ententenote vom 12. März Stellung nimmt und betont, daß diese Note von unzutreffenden Voraussetzungen über Aufbau und Zweck der Einwohnerwehr ausgehe.

Die Einwohnerwehren seien in den Wirren des vorigen Jahres von ordnungsliebenden Elementen in Stadt und Land zu dem Zweck gegründet worden, durch Unterstützung der geringen militärischen Kräfte und berufsmäßigen Polizeiorgane die Heimat vor vollständiger Auflösung der Ordnung zu bewahren und gesetzmäßige Zustände zu sichern. Bei Gründung, wie auch beim Ausbau der Einrichtung, sei jeder Gedanke an eine Verwendung zu militärischen Zwecken, insbesondere zur Vorbereitung eines Kampfes gegen einen auswärtigen Gegner ausgeschlossen gewesen. Auch sei jegliche Sicherheit gegen Mißbrauch der Organisation in dieser Hinsicht gegeben. Die Behauptung, daß die Einwohnerwehren militärische Uebungen abhielten, entspreche nicht den Tatsachen. Die Möglichkeit, daß die Einwohnerwehren einer durch den Friedensvertrag verbotenen Mobilisation Vorschub leisten könnten, sei schon deshalb nicht vorhanden, weil die Organisationen in den einzelnen Ländern des einheitlichen Zusammenschlusses entbehrten. Die Reichs-Zentralstelle der Einwohnerwehren habe nur die Durchführung allgemein notwendiger, nicht militärischer Maßnahmen, wie z. B. Lebens- und Unfallversicherungen der Mitglieder, in die Hand genommen. Eine listenmäßige Kontrolle im Sinne einer Aushebungsvorbereitung finde nicht statt. Ueberdies setzten sich die Einwohnerwehren zur Hälfte aus über 40 Jahre alten Mitgliedern zusammen.

Die Einwohnerwehren hätten zweifellos dazu beigetragen, die allgemeine Sicherheit in Deutschland zu befestigen, und hätten in den Unruhen der letzten Wochen große Vermögenswerte vor Vernichtung bewahrt, lebenswichtige Betriebe und Verkehrseinrichtungen aufrechterhalten, sowie ordnungswidrige Elemente da in Schach gehalten, wo Militär- und Polizeikräfte nicht zur Stelle waren. Insbesonere auf dem platten Lande verbürge die Einwohnerwehr den Schutz für Aufbewahrung und Beförderung der Nahrungsmittel. Besonders bewährt hätten sich die Einwohnerwehren in Bayern, wo es ihnen zu danken sei, daß vor einem Jahre die Räteherrschaft nicht weiter um sich gegriffen habe. Der Nutzen der Einwohnerwehren habe auch im Auslande volles Verständnis gefunden. Von verschiedenen Seiten werde in ihr das Muster eines Selbstschutzes der Bevölkerung da erblickt, wo diese sich nicht auf staatliche Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung stützen könne.

Die deutsche Regierung habe daher keinen Anlaß gehabt, die Bildung der Einwohnerwehren oder ihren Charakter vor den interalliierten Kommissionen zu verheimlichen. Lediglich dem unter Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse aufgebotenen Drucke der alliierten Regierungen weichend habe sie sich nunmehr entschlossen, die Auflösung der Wehren in ihrer jetzigen Form zu veranlassen.

Die deutsche Regierung vermöge aber nicht anzuerkennen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages sie zwingen, der Bevölkerung jede Möglichkeit des unter den gegebenen außerordentlichen Verhältnissen bis auf weiteres unbedingt notwendigen Selbstschutzes zu versagen. Sie erachte es vielmehr als ihre Pflicht, alle mit dem Friedensvertrag zu vereinbarenden Maßnahmen zugunsten eines solchen Selbstschutzes zu vertreten. Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit Deutschlands sei die Hauptvoraussetzung dafür, daß den Bedingungen des Friedensvertrages nachgekommen werden könne. Es werde geprüft werden, welche zulässigen Einrichtungen weiterhin dem gekennzeichneten Zweck dienen könnten. Dabei werde das Hauptaugenmerk darauf zu lenken sein, daß ihr lokaler Schutzcharakter gewahrt bleibe und auch in Zukunft jede Zentralisierung, jede militärische Organisation und Ausbildung vermieden werde.

Der Streikwahnsinn.

Eisenbahner gegen Hungernde!

Wien, 19. April. (W. T. B.) Ein Aufruf der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaft der Eisenbahner gibt bekannt, daß die im Streik stehenden südslawischen Eisenbahner Lebensmittelzüge nach Deutsch-Oesterreich durchlassen und nur eine kleine Gruppe Eisenbahner in Wien und den nächsten Stationen sich dem Beschluß der Mehrheit, den Eisenbahnerausstand abzubrechen, nicht fügen wolle. Da es in den nächsten Tagen in Wien und allen österreichischen Industrieorten an Brot fehlen würde, wenn diese Gruppe ihren Willen durchsetzt, werden die Lebensmittelzüge unter Bewachung nach Wien geleitet werden. Die Arbeiter werden aufgefordert, diese notwendige Maßnahme zu unterstützen und auf die noch ausständige Eisenbahnergruppe einzuwirken, die Lebensmittelversorgung nicht zu gefährden. (Wir hören schon das „radikale" Geschrei über — — — Arbeiterverrat derjenigen, die durch diesen Aufruf den Hungertod fernhalten wollen. Red.)

An der deutsch-holländischen Grenzstation Bentheim herrschen nach uns von verschiedenen Seiten zugegangenen übereinstimmenden Berichten ein Kasernenton und ähnliche Monokelleutnantsmanieren, die nur geeignet sind, Deutschlands Ansehen in den Augen der zahlreichen Ausländer, die täglich die Grenze in beiden Richtungen passieren, schwer zu schädigen. Wir kennen diese jungen Offiziersgestalten, die auf den Ueberschreitungsstationen mit der Paßkontrolle und ähnlichen Aufgaben betraut sind, schon aus der Kriegszeit. Es sind wahrscheinlich dieselben Herrschaften, die mit derselben näselnden Taktlosigkeit sechszehn Monate nach Kriegsende, die deutschen und fremden Reisenden nach Gutdünken behandeln. Abgesehen davon, daß diese Aufgabe gewisse psychologische Gaben erfordert, die man weder in der Kadettenschule noch im Kasino erlernt, erscheint es uns ganz überflüssig, den Heeresetat mit Offizieren zu belasten, deren Verwendung an solchen Posten nur schädlich sein kann.

Die Verfolgung der Putschisten. Der preußische Justizminister hat durch Verfügung die Beamten der Staatsanwaltschaft ersucht, den von dem Reichs-Justizminister in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14. d. M. bezeichneten Rechtsstandpunkt in allen in Betracht kommenden Fällen einzunehmen und nachdrücklichst zu vertreten.

Die preußischen Reichsratsmitglieder sollen zum Teil von den Provinzialvertretungen gewählt werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist der Landesversammlung zugegangen. In Berlin wählt der Magistrat.

Ein Raubzug der Länder gegen das Reich — als das bezeichnete ein Redner im Ausschuß der Nationalversammlung die Entschädigungsforderung, die die Bundesstaaten für die Hergabe ihrer Eisenbahnen durchgedrückt haben. Es ist aber daran nichts zu ändern.

Gewerkschaftsbewegung

Teuerungszulage für die Angestellten im Baugewerbe.

In einer von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände einberufenen, sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung der kaufmännischen und technischen Angestellten gaben die Organisationsvertreter Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern für das Hoch- und das Tiefbaugewerbe.

Nachdem die Verhandlungen seitens der Angestelltenorganisationen zweimal wegen zu geringen Entgegenkommens der Arbeitgeber abgebrochen werden mußten, trat am 15. April der Schlichtungsausschuß zusammen, um, wenn möglich, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Mit dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes konnte erfreulicherweise, bevor die Verhandlung beim Schlichtungsausschuß begann, eine Einigung erzielt werden. Für die kaufmännischen und technischen Angestellten des Tiefbaugewerbes werden nach diesem Abkommen für die Angestellten der Gruppen 1—4 der Tarifverträge für Monat März 275 M. und ab 1. April 1920 monatliche Teuerungszulagen in Höhe von 500 M. bezahlt. In diesen Teuerungszulagen sind die am 28. Januar 1920 gewährten Teuerungszulagen mit enthalten.

Mit dem Verband der Baugeschäfte konnte leider eine gütliche Verständigung nicht stattfinden. Nachdem diese Herren vergeblich versucht hatten, aus formellen Gründen eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß zum Scheitern zu bringen und die Sache zu verschleppen, kam es hier zu einem Schiedsspruch, der dieselben Sätze festlegte, wie die bereits im Tiefbau auf gütlichem Wege vereinbarten. Die Abstimmung in der Versammlung ergab, daß die überwiegende Majorität mit dem Verhandlungsergebnis im Tiefbaugewerbe einverstanden sei und daß die Angestellten sich ebenfalls dem für das Hochbaugewerbe gefällten Schiedsspruch unterwerfen.

Die zum Schluß angenommene Resolution brachte zum Ausdruck, daß trotz der durch den Schiedsspruch zugebilligten Teuerungszulagen das Gesamteinkommen der Angestellten größtenteils hinter dem der Bauarbeiter zurücksteht. Wenn die Angestellten trotzdem nach dem Schiedsspruch für das Hochbaugewerbe und der Vereinbarung im Tiefbaugewerbe zustimmen, so erwarten sie, daß von den Arbeitgebern des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin diese ebenfalls dem Schiedsspruch sich unterwerfen. Gleichzeitig wurde in dieser Resolution die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände beauftragt, mit allen Mitteln für die Durchführung der Forderung anläßlich der Reichstarifverhandlungen einzutreten, daß der Aufbau der Technikergehälter auf die Arbeiterlöhne zu erfolgen hat und daß grundsätzlich ein kaufmännischer Angestellter mindestens ebensoviel verdienen muß wie ein gleichwertiger Facharbeiter des Gewerbes.

Lohnbewegung bei den Reichs-, Staats- und Heeresverwaltungsbehörden.

Die in obengenannten Dienststellen beschäftigten Lohnempfänger nahmen in einer gut besuchten Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses den Bericht über den Stand der Lohnbewegung durch Oltersdorf vom Deutschen Transportarbeiterverband entgegen. Unter lebhaftester Zustimmung aller Diskussionsredner fand eine Entschließung einmütige Annahme, in der die Versammelten der Erwartung Ausdruck geben, daß ihren Forderungen Entgegenkommen gezeigt werde, damit sie nicht erst nötig haben, die Arbeit niederzulegen. Sie beauftragen den Deutschen Transportarbeiterverband, auf jeden Fall festzuhalten an den im Februar aufgestellten und jetzt als äußerstes Minimum geltenden Forderungen.

Hauptjahresversammlung der Afa.

Am 16. April tagte im Industriebeamtenhaus zu Berlin die große Vertreterkonferenz der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Die Konferenz war von allen angeschlossenen Verbänden und aus allen Teilen Deutschlands, insbesondere auch aus dem Rheinland, stark beschickt. Nach Entgegennahme des Tätigkeitsberichts und einer mehrstündigen Aussprache über den Generalstreik wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Vertreter mit der vom Vorstand beim Generalstreik eingenommenen Haltung vollständig einverstanden erklären.

Bei der alsdann vorgenommenen Neuwahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Es gehören ihm an: Aufhäuser (Bund der technischen Angestellten und Beamten), Brenke und Urban (Zentralverband der Angestellten), Klingen (Deutscher Werkmeisterverband), Dr. Pfirrmann (Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes), Marx (Allgemeiner Verband der deutschen Bankbeamten), Konorah (Verbände der Bühnenangestellten).

Gehaltsbewegung der Angestellten im Groß-Berliner Buchhandel.

In einer vom Angestelltenverband des Buchhandels-, Buch- und Zeitungsgewerbes, Ortsgruppe Groß-Berlin, einberufenen Sektionsversammlung nahmen die Angestellten des Berliner Buchhandels Stellung zu der augenblicklichen Lage.

Guiard berichtete über den Verlauf der bisher geführten Tarifverhandlungen. Die Arbeitgeber planten in allen Punkten wesentliche Verschlechterungen des bisherigen Tarifs. Die Verhandlungen mußten demzufolge abgebrochen werden und es wurde der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen. Der festgesetzte Termin konnte aber nicht stattfinden, da die Arbeitgeber der papierverarbeitenden Industrie eine Tagung in Weimar hatten. Trotz dieser Veranstaltung wäre es bei einigermaßen gutem Willen doch möglich gewesen, geeignete Vertreter zu der Verhandlung zu schicken. Ein neuer Termin ist beim Schlichtungsausschuß angesetzt; die Arbeitgeber haben nunmehr alle Folgen zu übernehmen, wenn sie weitere Verschleppungstaktik treiben.

In der Diskussion wurde energisch der schnelle Abschluß des Tarifs gefordert. In einer Resolution erklärte die stark besuchte Versammlung die vom Arbeitgeberverband gemachten Tarifvorschläge für unannehmbar.

Sie weist die Unterstellung der Arbeitgeber, daß von ihrer Seite Zugeständnisse gemacht worden wären, mit Entrüstung zurück, da in fast allen wesentlichen Punkten, die verhandelt wurden, ausnahmslos Verschlechterungen des bisherigen Tarifs entgegengenommen werden sollten. Die Verhandlungen sind zu beschleunigen und mit allem Nachdruck bis zum 30. April zu Ende zu führen.

Ein etwas schnelleres Tempo.

Am 12. Dezember 1919 reichten der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes, Ortsgruppe Groß-Berlin, und der Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, einen am 27. November 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium ein. Die Gehälter der Angestellten des Berliner Buchhandels sind recht bescheidene, und die Gehälter derjenigen Angestellten, die bei zur Tarifzahlung nicht verpflichteten Arbeitgebern beschäftigt sind, oftmals geradezu trostlos. Vornehmste Pflicht des Reichsarbeitsministeriums sollte es sein, durch ein beschleunigtes Verfahren Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen herbeizuführen. Wir möchten an dieser Stelle doch dem Reichsarbeitsministerium die Forderung unterbreiten, daß es nicht nur die formellen Vorbedingungen für eine Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs prüft, sondern, und das ist wohl die vornehmste Aufgabe, die soziale Seite in weitestgehendem Maße berücksichtigt.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ersucht uns, mitzuteilen, daß in dem Konflikt in der Knorr-Bremse die Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses erfolgten.

Zur Bezahlung der Generalstreiktage. In unserer Morgenausgabe vom 9. d. M. brachten wir eine Notiz, wonach sich die Zentral-Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie für die Bezahlung der Generalstreiktage ausgesprochen hat. Dazu teilt uns die Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie mit, daß nicht sie, sondern die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands diesen Beschluß gefaßt hat.

Holzarbeiter. Funktionäre und Delegierte zur Generalversammlung. Morgen Mittwoch, den 21. April, abends 7 Uhr, bei Behrend, Manteuffelstraße 95: Versammlung.

Angestellte der chemischen Industrie! Heute Dienstag, abends 7 Uhr, in „Allens Festsälen", Hasenheide 13: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Bericht über das Angebot der Arbeitgeber.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Mittwoch, den 21. April. Fachgruppe 17 (Angestellte der Fleischereien und Fleischereigenossenschaften): Oeffentliche Versammlung abends 8 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. Jugendgruppe: Das Versammlungslokal für die Gruppenversammlung befindet sich im Schultheiß-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche des gewerblichen Personals der Kriegsorganisationen. Morgen Mittwoch, den 21. April, 6 Uhr, im „Königstadtkasino", Alexanderstraße 21: Vertrauensmännerversammlung.

Branche der Einkassierer, Kassenboten, Bureaudiener usw. Am Freitag, den 23. April, 1/2 7 Uhr, bei Wegener, Seydelstraße 30: Vertrauensmännerversammlung.

Deutscher Werkmeister-Verband. Fachgruppe III Metallindustrie. Berufsgruppe „E", Geldmetall, Gürtlerei, Drückerei, Armaturen, Schraubenfabrikation. Versammlung, Mittwoch, den 21. April, nachm. 6 Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25. — Berufsgruppe „C", Elektro- und Kabelindustrie. Versammlung, Donnerstag, den 22. April, nachm. 6 Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25. — Luxuspapierbranche und Photographische Kunstdruckindustrie. Versammlung, Mittwoch, den 21. April, nachm. 5 Uhr, im Schultheiß, Brückenstraße 6b. Wichtige Tagesordnung.

Glühlampenfabrik A. E. G., Sickingenstr. 71. Die Ausgesperrten der Fußstation nehmen am Mittwoch die Arbeit wieder auf.

Nartung, Osramwerke! Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt in der Fützefertigmacherei, Futzrichterei, Wickelei, Einschmelzerei, Koldenwerkstatt, Pumpensaal, Nachbrennerei, Lichtmeßwerkstatt, Lampenlager heute Dienstag, den 20. April. Die Tellerdreherei nimmt die Arbeit morgen Mittwoch, den 21. April, und die Fußquetscherei am Donnerstag, den 22. April, wieder auf. Der Arbeiterausschuß.

Funktionäre der Berliner Metallindustrie! Freitag, den 23. d., in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 48, Afa-Funktionär-Versammlung der Berliner Metallindustrie. Beginn 7 Uhr. Thema: „Der Stand unserer Tarifverhandlungen." Mitgliedsbuch legitimiert.

Parteinachrichten.

Maizeitung 1920. Infolge des Massenbezugs ist eine zweite Auflage der auf besserem Papier mit vielen Bildern in Tiefdruck ausgeführten Maifest-Zeitung gedruckt worden, die bei sofortiger Bestellung an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstraße 3, noch rechtzeitig postwendend zum Versand gelangt.

Wirtschaft

Gegen die Papiergeldflut.

Einen wertvollen Beitrag zu der Erörterung, ob die deutsche Exportindustrie von der Geldaufblähung bei gleichzeitiger Besserung der Valuta bedroht ist, bietet eine Entschließung, die der Arbeitsausschuß des Verbandes keramischer Gewerke kürzlich angenommen hat. Darin betont der Verband, daß er schon früher bestrebt gewesen ist, die ihm angeschlossenen Fachverbände zur Erzielung möglichst hoher Exportpreise zu interessieren. Es heißt dann weiter:

„Auch jetzt noch, bei einem ungefähr um 100 Proz. gestiegenen Wert der Mark ist die feinkeramische Industrie in der Lage, exportieren zu können. Die Bedeutung, die sie dadurch für die deutsche Wirtschaft erlangt, wird aber zum größten Teil illusorisch gemacht durch die ständige Neuschaffung zusätzlicher Kaufkraft, verursacht durch die Herstellung von Papiergeld. (In der letzten Märzwoche allein eine Neuausgabe von Papiergeld im Betrage von 2,6 Millionen Mark.) Durch eine derartige Inflation muß notwendigerweise eine Steigerung aller Produktionskosten einschließlich der Löhne verursacht werden, eine Erhöhung, die schließlich auch für die Feinkeramik die Herstellungskosten des Produktes über den Weltmarktpreis treibt und damit die Feinkeramik, die auf den ausländischen Markt angewiesen ist, mit einer wirtschaftlichen Katastrophe verhängnisvollster Art bedroht. Der Verband keramischer Gewerke in Deutschland bittet die Reichsregierung, mit allem Nachdruck und unverzüglich dafür zu sorgen, daß die weitere Schaffung neuer Zahlungsmittel unterbleibt, und daß die umlaufenden Zahlungsmittel nach Möglichkeit vermindert werden."

Die Forderung entspricht noch ihrer finanzpolitischen Seite so sehr der von uns vertretenen Auffassung, daß sich darüber jedes Wort erübrigt.

Wirtschaftlich aber bedeutet diese Auffassung nichts anderes als das offene Eingeständnis, daß unsere gesamte Exportindustrie vernichtet ist, wenn die Rohstoffe, Arbeitslöhne und übrigen Gestehungskosten auf den Stand der Weltmarktpreise kommen. Wir wissen, daß es sich nicht so leicht „katastrophiert", wie das in den Kundgebungen der Interessenten immer zu lesen ist. Gleichwohl werden finanzielle Zusammenbrüche und damit schwere Störungen der gesamten Wirtschaft in einer Zeit größten Warenbedarfes nicht zu vermeiden sein, wenn die Entwicklung einen solchen Verlauf nimmt. Diese aber vor allem die Zeit hindurch zu vermeiden, wo die Valuta so sehr schwankt, das heißt: die Preisbewegung im Inlande nach Möglichkeit aufzuhalten — das muß das Ziel einer sachgemäßen Wirtschaftspolitik sein.

Nur sollte man es doch auch ruhig aussprechen, daß die verlästerte „Konsumentenpolitik" in Wahrheit die heute einzig mögliche Produzentenpolitik ist.

Ein Selbstverwaltungskörper für Teerwirtschaft.

Die ungeheuerlichen Mißstände, die sich seit Aufhebung der Zwangswirtschaft für Teer herausgebildet haben, haben das Reichswirtschaftsministerium bewogen, auch für die Teerwirtschaft eine gemeinwirtschaftliche Regelung vorzuschlagen. Ein entsprechender Entwurf wurde am Mittwoch im Wirtschaftsrat behandelt. Obwohl die Teerproduktion in den letzten Jahren erschreckend zurückging, wurde der wertvolle Rohteer verfeuert, während es an Treiböl und an Brikettpech fehlte. Die Preistreiberei, die dabei für alle Teerprodukte einsetzte, zeitigte die tollsten Blüten. So kostete Rohteer im Januar 1920 bei der Wirtschaftlichen Vereinigung der Gaswerke 20 Mk., im freien Handel über 210 Mk. Treiböl stieg bei den Herstellern von Januar 1919 bis April 1920 von 10 auf 210 Mk., bei den Händlern sogar von 15 auf mehr als 800 Mk. Pech und destillierter Teer, der im Januar 1920 bei den Erzeugern 55 Mk. kostete, stellte sich bei den Händlern auf 265 Mk. und darüber und wird heute mit mehr als 900 Mk. bezahlt. Diese geradezu unglaublichen Zustände, die jeder Verfechter der freien Wirtschaft sich merken mag, sollen nun durch Gründung eines Selbstverwaltungskörpers beseitigt werden, der bestimmte Richtlinien für die Verteilung durch Gesetz erhält und der den Zwischenhandel nach Möglichkeit ausschaltet. Damit werden viele Händlerexistenzen, die ihr Geschäft erst im Krieg oder nach der Revolution gelernt haben, unmöglich. Der Selbstverwaltungskörper wird auch einen Lieferungsverband bilden für diejenigen Teerprodukte, die nach dem Friedensvertrag abzuliefern sind.

Günstiger Saatenstand. Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates teilt mit: Die außergewöhnlich warme Witterung des März hat in weiten Teilen Deutschlands auch im April angehalten und wie in einem Treibhause die Frühjahrsvegetation vorwärts gebracht. Sie hat dazu beigetragen, daß die rückständigen Ackerarbeiten vom Herbst größtenteils Ende geführt und die Schäden, welche der frühe Eintritt des Frostes im Herbst den Wintersaaten zugefügt hatte, mehr oder weniger ausheilen konnten. Der Stand der Wintersaaten kann heute in den meisten Gegenden als befriedigend angesehen werden. Doch ist dies beim Roggen noch häufig zweifelhaft. Er zeigt noch hin und wieder Spuren seines im Winter zurückgebliebenen Wachstums. Auch die Bestellung der Sommersaaten ist infolge der warmen Witterung beschleunigt worden. Futterpflanzen, Wiesen, Weiden und Klee haben sich erholt. Die Anbaufläche von Kartoffeln dürfte nach dem vorliegenden Bericht größer als im Vorjahre sein.

Zusammenschluß im Torfhandel. Der Reichsverband Deutscher Brenntorfhändler E. V. und der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands E. V. haben beschlossen, zur Wahrung der gemeinsamen Interessen sich als Reichsverband Deutscher Brenntorfhändler E. V., Fachgruppe des Zentralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands, zusammenzuschließen.

Soziales.

Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes, betreffend Kaufmannsgerichte.

Der im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf einer Verordnung zur Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Kaufmannsgerichtsgesetzes ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Er bezweckt in erster Reihe, die Möglichkeit von Neuwahlen zu den Beisitzerstellen der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungsschiedsgerichte zu eröffnen. Zu diesem Zweck will der Entwurf die während des Krieges angeordnete Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer mit dem 10. Juli 1920 zum Ablauf bringen. Gleichzeitig wird in dem Entwurf die Abänderung verschiedener Bestimmungen der genannten Gesetze vorgeschlagen, die den so völlig veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Zunächst soll die Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes, die für die Abgrenzung des diesen Gesetzen unterfallenden Personenkreises maßgebend ist und im Gewerbegerichtsgesetz 2000, im Kaufmannsgerichtsgesetz 5000 M. beträgt, gleichmäßig auf 15 000 M. erhöht werden. Weiter ist für beide Gesetze die Heraufsetzung der Berufungssumme auf 1000 M. (von 100 M. im Gewerbegerichtsgesetz und von 300 M. im Kaufmannsgerichtsgesetz) sowie die Herabsetzung des Wählbarkeitsalters von dreißig auf fünfundzwanzig und des Wahlberechtigungsalters von fünfundzwanzig auf zwanzig Jahre in Aussicht genommen. Die Frauen sollen das aktive Wahlrecht für die Beisitzerwahlen erhalten. Die Verhältniswahl der Beisitzer der Gewerbegerichte soll zwingend vorgeschrieben werden. Für die erstmaligen Wahlen nach Beendigung des Kriegszustandes sollen die Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden, wonach der Empfang und die Wiedererstattung von Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln der Wählbarkeit zum Beisitzer entgegensteht und andererseits eine mindestens zweijährige Dauer des Wohnens, der Handelsniederlassung oder der Beschäftigung für die Wählbarkeit erfordert wird.

Der Entwurf mußte sich darauf beschränken, aus der großen Zahl der Anträge auf Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Kaufmannsgerichtsgesetzes diejenigen zu berücksichtigen, die mit dem Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft im Zusammenhang stehen, dagegen die Stellungnahme zu umstrittenen Fragen grundsätzlicher Art dem Arbeitsgerichtsgesetz vorbehalten, dessen Entwurf seiner Fertigstellung entgegengeht.

Die größte Konsumgenossenschaft Europas.

Durch Verbindung der vier Arbeiterkonsumvereine Wiens ist die größte Konsumgenossenschaft entstanden. Auch der fünfte und letzte Wiener Verein dürfte sich ihnen anschließen. Die Vereinigung wird 400 000 Konsumenten, also ein Viertel der Bevölkerung Wiens, umfassen. Sie besitzt eine große Bäckerei, Selcherei, Molkerei und Kaffeerösterei. Der Jahresumsatz dieser Vereine ist seit 1913 von 27,5 auf 185,8 Millionen gestiegen, die Spareinlagen von 3,4 auf 7,7 Millionen, die Geschäftsanteile von 1,19 auf 2,5 Millionen. In den letzten Monaten war die Entwicklung noch viel stärker.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Ziemlich kühl, überwiegend trübe, östlich der Oder noch zahlreiche und vielfach starke, weiter westlich meist geringe Regenfälle

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Fickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Vorwärts"

Alle Leser des „Vorwärts" erhalten gegen Einsendung des nebenstehenden Gutscheins ein Gratis-Probeheft des rühmlichst bekannten illustrierten Werkes „Welt und Wissen". Dasselbe bringt von ersten Schriftstellern gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten zum Beispiel: Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich gesund? — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Außerdem erhält jeder Bezieher nach Zahlung des Werkes Bände aus der großen illustr.

Hausbibliothek gratis

Verlangen Sie sofort durch nebenstehenden Gutschein ein Probeheft gratis.

Gutschein
für die Leser des „Vorwärts"
für ein Gratisprobeheft.
An den
Verlag von „Welt und Wissen"
Berlin-Schöneberg, Am Park 11.
Ich bestelle hiermit ein Probeheft kostenlos zugestellt.
Name: _____
Ort: _____